

EINWOHNERRAT**Protokoll**

der 2. Sitzung des Einwohnerrats Allschwil (Amtsperiode 2024-2028)

Sitzungsdatum: 11. September 2024

Sitzungsort: Saal Schule Gartenhof, Lettenweg 32, Allschwil

Sitzungsdauer: 18:00 – 21.05 Uhr

Präsenz
Einwohnerrat: Vorsitz Stephan Wolf, Präsident Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Franz Vogt, Präsident
Andreas Bammatter
Biljana Grasarevic
Philippe Hofmann
Christoph Morat
Silvia Stucki
Robert Vogt

Gemeindeverwaltung: Patrick Dill, Leiter Gemeindeverwaltung
Rudolf Spinnler, Jurist
Mirjam Glarner, Volontärin

Anwesend: Mark Aellen, René Amstutz, Dominik Baumgartner, Lea Blattner, Lea Butscher, Melanie Butz, Mehmet Can, Tatjana Despotovic, Matthieu Dobler, Elena Elser, Noëmi Feitsma, Flavio Fehr, Matthias Häuptli, Martin Imoberdorf, Astrid Kaiser, Patrick Kneubühler, Nico Jonasch, Christian Jucker, Hanna Kirchhofer, Anne-Sophie Metz, Niklaus Morat, Laura Neuhaus, Anja Oser, Urs Poživil, Philipp Reck, Alfred Rellstab, Miriam Schaub, Lucca Schulz, Louis Seifried, Tim Söllick, Florian Spiegel, Romina Stefanizzi, Tobias Stöcklin, Simon Trinkler, Iracema Tirant, Henry Vogt, Jörg Walder, Olivier Waldner, Stephan Wolf

Entschuldigt: Corinne Probst

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr 37 Anwesende = 25
18.20 Uhr 38 Anwesende = 26
18.30 Uhr 39 Anwesende = 26
19.45 Uhr 38 Anwesende = 26

Bereinigte Traktandenliste

1. Bericht des Gemeinderates vom 21.8.2024, betreffend
**Abrechnung des Ausführungskredits
Korrektion und Umgestaltung Hegenheimermattweg
Grabenring bis Kantonsgrenze BS**
Geschäftsvertretung: GR Andreas Bammatter Geschäft 4338B
2. Bericht des Gemeinderates vom 19.6.2024, betreffend
kommunaler Energieplan mit Energiekonzept
Geschäftsvertretung: GR Biljana Gasarevic Geschäft 4730
3. Bericht des Gemeinderates vom 14.8.2024, betreffend
**Begehren gemäss § 49 Abs. 1 der Kantonsverfassung (SGS 100),
«Gemeindeinitiative» zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes (SGS 185)**
Geschäftsvertretung: GP Franz Vogt Geschäft 4742
4. Interpellation von Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion, vom 16.10.2019,
betreffend **Klassenbäume**
Geschäftsvertretung: GP Franz Vogt Geschäft 4490 / A
5. Interpellation von Christian Jucker, GLP, vom 24.3.2024, betreffend
Wärmeversorgung und erneuerbare Energie im Dorfkern Allschwil
Geschäftsvertretung: GR Biljana Gasarevic Geschäft 4727 / A
6. Postulat von Sandro Felice, Grüne, Anne-Sophie Metz, Grüne,
Christian Jucker, GLP, und Matthias Häuptli, GLP, vom 22.5.2024, betreffend
Getrennte Abfallsammlung an stark frequentierten Orten der Gemeinde
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Biljana Gasarevic Geschäft 4732
7. Postulat von Sandro Felice, Grüne, Anne-Sophie Metz, Grüne,
Christian Jucker, GLP, Matthias Häuptli, GLP, und Simon Trinkler, Grüne,
vom 22.5.2024, betreffend
Gartenstadt – auch auf den Gemeindestrassen
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Andreas Bammatter Geschäft 4733
8. Postulat von Sandro Felice, Grüne, und Matthias Häuptli, GLP, vom 22.5.2024,
betreffend **E-Bike Ladestation für Allschwil**
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Biljana Gasarevic Geschäft 4734
9. Postulat von René Amstutz, Sandro Felice und Anne-Sophie Metz, Grüne,
vom 11.6.2024, betreffend **smarte Strassenbeleuchtung für Allschwil**
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Biljana Gasarevic Geschäft 4738
10. Postulat von Sandro Felice und Anne-Sophie Metz, Grüne, vom 11.6.2024,
betreffend **Veloplan für Allschwil**
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Andreas Bammatter Geschäft 4739
11. Verfahrenspostulat von Mark Aellen und Etienne Winter, SP-Fraktion,
vom 11.6.2024, betreffend **Änderung des Geschäftsreglements § 16
Abs. 2 lit. I «Die Leiterin Gemeindeverwaltung, der Leiter
Gemeindeverwaltung nimmt mit beratender Stimme an den Sitzungen teil»**
Antrag ER-Büro: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: ER-Büro Geschäft 4737

Nach der Pause:

- INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES
 - FRAGESTUNDE
-

Für das Protokoll:

Christine Rügsegger / Nicole Müller, Sachbearbeiterin Einwohnerratssekretariat

Einwohnerratsprotokoll Nr. 1 vom 19. Juni 2024

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

Der Präsident des Einwohnerrates Allschwil

Stephan Wolf

Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten

[Entschuldigungen / Präsenz siehe Protokolleingang]

Stephan Wolf, Präsident: Liebe Einwohnerratskolleginnen und liebe Einwohnerratskollegen. Ich begrüsse euch ganz herzlich zur heutigen Einwohnerratssitzung vom 11. September 2024. Ich begrüsse selbstverständlich auch den Gemeinderat und auch das zahlreich erschienene Publikum, worüber ich immer wieder Freude habe, und selbstverständlich auch die Vertreter der Medien. Sich für heute entschuldigt hat sich Corinne Probst. Und es sind Verspätungen bei mir eingegangen: Florian Spiegel wird verspätet erscheinen und auch Simon Trinkler. Ich bitte Ruedi Spinnler um die Absenzenkontrolle. – Vielen Dank, Ruedi Spinnler.

Wir haben heute ja die erste Sitzung in der neuen Legislatur. Dies bringt auch mit sich, dass wir viele neue Gesichter haben, die wir erst kennenlernen müssen. Deshalb möchte der 1. Vizepräsident und ich um Nachsicht bitten, wenn wir nicht gleich jeden Namen auf Anhieb richtig aussprechen. Wir lassen uns aber auch sehr gerne korrigieren.

Ansonsten habe ich noch folgende Mitteilungen: Das Büro bittet den Einwohnerrat, sich bei Wortmeldungen kurzzuhalten und die Wortmeldungen in gedrängter Form darzulegen, damit die Sitzungen möglichst reibungslos abgewickelt werden können, und wir auch die Chance haben, die sehr umfangreiche Pendenzenliste abzuarbeiten. Wie üblich möchten wir bitten, nach der Sitzung diesen Saal möglichst unverzüglich zu verlassen, damit der Hauswart aufräumen kann. Es ist selbstverständlich möglich, im Foyer weiterzudiskutieren. Auch wie üblich achtet darauf, denn der Raum wird danach verschlossen, dass ihr alles, was euch gehört, auch mitnehmt und nichts liegen bleibt.

Ich komme zu den **dringlichen Interpellationen**. Es liegt mir das **Geschäft 4743** vor. Das ist eine dringliche Interpellation **betreffend BVG-Reform** von Niklaus Morat der SP-Fraktion. Ich möchte

sogleich Niggi Morat fragen, ob er noch etwas dazu sagen möchte und ob er insbesondere die Dringlichkeit begründen kann.

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Es steht eigentlich drauf, weshalb dringlich, denn nach der Abstimmung nützen uns die Antworten nur noch bedingt. Falls es zu Mehrkosten kommt, müssen wir sie bezahlen, es sind gebundene Kosten. Deshalb wäre es gut, wenn wir es vorher wüssten. Daher die Dringlichkeit. Besten Dank.

Stephan Wolf, Präsident: Gut, dann schreiten wir zur Abstimmung über die Dringlichkeit. Da ist ... ja, Christian Jucker, bitte!

Christian Jucker, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich möchte mich im Namen eines Teils der Fraktion auch zur Dringlichkeit äussern. Wenigstens dieser Teil der Fraktion sieht den Einwohnerrat nicht als Podium für Wahlkampf und möchte daher die Dringlichkeit nicht annehmen. Danke schön.

Stephan Wolf, Präsident: Gibt es noch weitere Wortmeldungen zur Dringlichkeit? Sonst würde ich jetzt gerne zur **Abstimmung** schreiten. **Dringlichkeit** benötigt bekanntermassen eine 2/3-Mehrheit.

Wer für die Dringlichkeit ist, der möge jetzt die Karte erheben. Bitte auszählen! Danke vielmals. Wer dagegen ist, möge jetzt die Karte erheben. Danke vielmals. Ich bitte die Stimmzähler, mir das Ergebnis vorzulegen. Das Ergebnis liegt vor: Es sind **37 stimmberechtigte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte anwesend**. Die **2/3-Mehrheit** ist demnach **25**.

://:

Für die Dringlichkeit haben 12 Ja gestimmt, Nein 23 und 1 Enthaltung. Somit ist die **Dringlichkeit abgelehnt**.

Stephan Wolf, Präsident: Ich gebe Niklaus Morat das Wort.

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Besten Dank. Danke schön trotzdem den Zwölfen, die zugestimmt haben. Die Dringlichkeit ist nicht gegeben und somit ergibt diese Interpellation in dieser Form keinen Sinn mehr. Falls das BVG, diese Reform, angenommen wird, behalten wir uns vor, noch einmal eine Interpellation zu formulieren. Ich ziehe diese hier offiziell zurück. Danke schön.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Niklaus Morat, wir nehmen es so zur Kenntnis. Weitere dringliche Postulate liegen mir nicht vor. Ich möchte der Vollständigkeit halber trotzdem anfragen: Fühlt sich eine Fraktion übergangen? D. h. habe ich übersehen? Das ist nicht der Fall.

Wir kommen zu den übrigen Vorstössen. Es liegen einige vor. Zunächst einmal das

- Einwohnerratsgeschäft **4741**. Interpellation betreffend **Status Cybersecurity@Allschwil** von Christian Jucker der Grünliberalen-Fraktion. Diese wurde bereits mit dem Aussand vom 27. August allen verteilt.

Ich möchte Christian Jucker anfragen, ob er etwas zu diesem Vorstoss sagen möchte. Das ist nicht der Fall. Wir haben einen weiteren Vorstoss.

- Einwohnerratsgeschäft **4746**. Motion betreffend **sinnvolle Kriterien zur Ausrichtung der kommunalen Winterzulagen** von Lucca Schulz der SP-Fraktion. Diese liegt auf und sollte eigentlich schon bekannt sein.

Ich möchte trotzdem Lucca Schulz fragen, ob er etwas zu seinem Vorstoss sagen möchte. Das ist auch nicht der Fall. Ein weiterer Vorstoss ist das

- Einwohnerratsgeschäft **4747**. Interpellation betreffend **Auto Posing** von Lucca Schulz der SP-Fraktion.

Auch hier frage ich Lucca Schulz, ob er etwas dazu sagen möchte. Auch das ist nicht der Fall. Im Weiteren haben wir noch ein Postulat.

- Einwohnerratsgeschäft **4748** betreffend **Hallenbad attraktiver gestalten**, von Lea Butscher der SP-Fraktion. Ich lege es gleich auf ..., es ist bereits aufgelegt.

Ich möchte gerne Lea Butscher fragen, ob sie zu diesem Vorstoss noch etwas sagen möchte. Das ist nicht der Fall. Schliesslich haben wir noch das

- Einwohnerratsgeschäft **4749** von Noëmi Feitsma der SP-Fraktion, welches heute eingegangen ist. Es liegt auch bereits schriftlich vor. Es geht um ein Postulat betreffend **E-Rikscha Ausleihe für Allschwil**.

Ich möchte Noëmi Feitsma fragen, ob sie noch etwas dazu sagen möchte. Sie schüttelt den Kopf. Dann ist es hier auch nicht der Fall.

Weitere Vorstösse habe ich im Moment keine. Ich frage den Rat trotzdem an, ob ich einen übersehen habe, ob jemand einen eingereicht hat. Das ist nicht der Fall.

Wir gehen weiter zur **Bereinigung der Traktandenliste**. Die Traktandenliste wurde allen rechtzeitig zugestellt, das ist diese hier. Ich möchte den Einwohnerrat fragen, ob es Änderungsanträge zur Traktandenliste gibt und gleichzeitig in Erinnerung rufen: Es kann nur die Absetzung von einzelnen Traktanden oder die Verschiebung der Reihenfolge beantragt werden. Es kann aber nicht beantragt werden, dass man zusätzliche Traktanden setzt. In diesem Sinne gibt es Änderungswünsche des Rats? – Wie? Die Traktandenliste wird nicht aufgelegt, die haben Sie alle bereits erhalten; kein Problem!

Ich stelle fest, dass keine Änderungsanträge vorliegen. Somit ist die **Traktandenliste** in vorliegender Form **genehmigt**. In diesem Sinn kommen wir nun zu Traktandum 1.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 1

Bericht des Gemeinderates vom 21.8.2024, betreffend
Abrechnung des Ausführungskredits
Korrektion und Umgestaltung Hegenheimermattweg
Grabenring bis Kantonsgrenze BS
Geschäftsvertretung: GR Andreas Bammatter, Geschäft 4338B

Stephan Wolf, Präsident: Ich stelle zuerst die Frage: Ist Eintreten bestritten? Das ist nicht der Fall. Dann würden zuerst die Ausführungen von Gemeinderat Andreas Bammatter folgen, anschliessend wären die Fraktionssprecherinnen und -sprecher an der Reihe und danach die allgemeine Rednerliste. In diesem Sinne möchte ich nun das Wort Gemeinderat Andreas Bammatter erteilen.

Andreas Bammatter, Gemeinderat: Besten Dank. Werter Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Wir kommen heute mal zu einem finanziell relativ erfreulichen Geschäft. Auch wenn es ein paar Batzen gekostet hat. Auf den Tag genau am 13. September 2017 beschloss der Einwohnerrat mit 26 Ja und keiner Gegenstimme, aber mit 4 Enthaltungen, dass man die 11,8 Mio. für die Umgestaltung des Hegenheimermattwegs vom Grabenring bis zur Kantonsgrenze Basel-Landschaft bewilligen soll und hat es auch getan. Ich ging noch etwas nachlesen, denn damals war ich auch im Einwohnerrat, und ich erlaube mir nun, kurz zwei Zitate zu nennen: «Der Hegenheimermattweg ist eine Schlagader für die Entwicklung in einem der wichtigsten Gebiete von Allschwil oder gar vom ganzen Kanton.» Dies habe ich damals behauptet. Es gab aber auch, wie wir wissen, kritische Stimmen. Die Enthaltungen kamen von der GLP und der Grünen. Kollege Häuptli sagte, der Sanierungsbedarf des Hegenheimermattwegs sei nicht so dringend, sodass die Strasse jetzt gerade auseinanderfallen würde.

Geschätzte Damen und Herren, ich glaube, auch Matthias ist heute froh, nachdem in den darauffolgenden sieben Jahren die Entwicklung im Hegenheimermattweg so explosionsartig stattgefunden hatte. Erfreulich ist, das habe ich einleitend gesagt, dass wir rund 2,3 Mio. unter dem Budget liegen.

Weshalb ist es so? Die Baukosten, Honorare, Nebenkosten, Landerwerb, Bundessubventionen und Kostenbeteiligung von Basel-Landschaft haben dazu beigetragen. Es gab auch Vorinvestitionen, die wir erhalten hatten sowie Anwänderbeiträge. Der Hegenheimermattweg ist eine der Hauptverkehrsadern und die einzige im Erschliessungsgebiet des Bachgrabens und gehört an das übergeordnete Strassennetz. Mit der realisierten Korrektur und Umgestaltung des Hegenheimermattwegs wurden mindestens teilweise folgende Probleme gelöst:

- Wir haben eine kleine Erhöhung der Verkehrskapazität.
- Wir haben eine Steigerung an Attraktivität des öffentlichen Verkehrs und zeitgemässe Haltestellen.
- Auch die Sicherheit für Fussgängerinnen und Fussgänger und Velofahrer wurde erhöht.
- Und, notabene, was man auch zu Beginn erwähnte, man hat den Strassenkörper komplett erneuert.

Der Gemeinderat empfiehlt Ihnen, so wie er es geschrieben hat, den Ausführungskredit für die Korrektur und Umgestaltung des Hegenheimermattwegs in der Höhe von 9,41 Mio. inkl. Mehrwertsteuer zu genehmigen. Besten Dank.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Andreas Bammatter. Nun kommen die Fraktionssprecherinnen und -sprecher sowie die allgemeine Rednerliste an die Reihe. Ich möchte euch bitten, euch beim 1. Vizepräsidenten zu melden.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Keine Wortmeldungen.

Stephan Wolf, Präsident: Gut, wenn es keine Wortmeldungen mehr gibt ... doch ...

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Entschuldigung. Herr Urs Poživil!

Urs Poživil, FDP-Fraktion: Perfekt, es hat funktioniert. Geschätzter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich glaube, es ist wichtig, oder es ist sicher erfreulich, dass wir mit dem Hegenheimermattweg schlussendlich unter den Kosten, die wir mal geplant hatten, liegen. An dieser Stelle ist es aber auch bedeutungsvoll, dass man einfach dranbleibt, vor allem, was den Zubringer Bachgraben angeht. Denn sonst haben wir dort eine wunderbare Strasse erneuert, eine wunderbare Strasse gebaut, und mehr oder weniger wird es dort früher oder später einfach aus allen Nähten platzen. Deshalb ist es wichtig, es steht auch im Bericht, dass man wirklich bewusst verfolgt, wie die weitere Entwicklung dieser Strasse geschieht. Sei es mit einer Tramverlängerung, wofür alles ausgebaut ist, damit dort einst ein Tram fahren kann, oder halt wirklich die Anbringung an eine Zufahrt. Es ist uns sehr wichtig, dies an dieser Stelle zu platzieren.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Besten Dank. Herr Niggi Morat!

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Wir von der SP-Fraktion möchten uns für den Bericht bedanken. Wir wollen uns aber auch bei allen bedanken, die in den vergangenen 15 Jahren mitgearbeitet haben, von der Planung bis zur Vollendung und selbstverständlich nicht zuletzt auch den Einwohnerinnen und Einwohnern, welche an die Urne gingen und dazu Ja stimmten. Hoherfreut stellen wir fest, 2,3 Mio. unter Budget. Was uns sehr freut, was überaus stark ist, ist die Weitsicht betreffend den Vorbereitungsarbeiten für ein Tram, welches demnächst mal in den Bachgraben kommen soll. Das haben wir sehr erfreut gelesen und festgestellt. Vielen Dank.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Herr Henry Vogt!

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich würde schon sagen, ich war auch einer der Skeptiker dieser Strasse. Schlussendlich finde ich auch, es wurde wunderbar, die Fussgänger haben Platz. Ich ging auch schon durch, sie kommen an den Velofahrer vorbei, es ist alles tiptopp. Auch der Mittelstreifen fürs Tram ist auch bereits vorbereitet. Soweit passt alles. Schade ist, dass man schlussendlich nicht an die Anschlüsse gedacht hatte, weil man dort nun tagtäglich immer noch im Stau steht, wenn man in die Stadt will. Auch abends, wenn man nach Allschwil will, steht man teilweise bis zur Coop-Tankstelle im Stau. Das ist die Zukunft dieser Strasse, weil sich die Anschlüsse ja so weit nicht verbessern werden. Trotzdem sind wir froh, dass wir auch unter dem Budget geblieben sind. Dementsprechend wird die SVP diesen Bericht genehmigen. Danke schön.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Keine weiteren Wortmeldungen.

Stephan Wolf, Präsident: Gut, somit ist die Rednerliste geschlossen, und wir kommen zur **Abstimmung** über den **Antrag des Gemeinderats**, Seite 12 des Berichts.

Gestützt auf die Ausführungen im genannten Bericht beantragt Ihnen der Gemeinderat, Folgendes zu beschliessen:

1. *Die Abrechnung des Ausführungskredits für die Korrektur und Umgestaltung He-genheimermattweg in der Höhe von CHF 9'410'273.40 (inkl. MWST) wird genehmigt.*

Wer diesem Antrag zustimmen möchte, möge bitte jetzt die Karte erheben. Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen?

://:

Dem **Antrag** wurde einstimmig **zugestimmt**.

Wir kommen noch zur **Schlussabstimmung**.

Wer dieses Geschäft als Ganzes abschliessen möchte, der möge bitte jetzt die Karte erheben.

://:

Das ist offenkundig ebenfalls einstimmig der Fall. Somit ist das **Geschäft abgeschlossen**.

Stephan Wolf, Präsident: Wir kommen zu Traktandum 2.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 2

Bericht des Gemeinderates vom 19.6.2024, betreffend kommunaler Energieplan mit Energiekonzept

Geschäftsvertretung: GR Biljana Grasarevic, Geschäft 4730

Stephan Wolf, Präsident: Ich frage den Rat zuerst an, ob Eintreten bestritten ist. Das ist nicht der Fall. Dann würden wir zunächst zu den Ausführungen der Gemeinderätin Biljana Grasarevic kommen. Anschliessend wären dann die Fraktionssprecherinnen und -sprecher an der Reihe und danach die allgemeine Rednerliste. In diesem Sinne möchte ich nun das Wort der Gemeinderätin Biljana Grasarevic erteilen.

Biljana Grasarevic, Gemeinderätin: Geschätzter Einwohnerratspräsident, geschätzte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, liebe Anwesende. Ihnen liegt der Bericht des Gemeinderats vom 19.6.24 und der kommunale Energieplan mit dem Energiekonzept vor. Der Gemeinderat hat sich in Bezug auf die vom Bundesrat verabschiedete Klimastrategie 2050 im Leitbild vom 26. April 2017 zum Ziel gesetzt, dass sich die Gemeinde für einen effizienten Umgang mit Energie und Rohstoffen einsetzt. Dafür hat man auch eine Leitbildmassnahme zur Erstellung einer Energieplanung ausgearbeitet. Ihnen liegen dieser Plan und das Konzept vor. Nur um es kurz zusammenzufassen, dieser Plan liest sich wie folgt: Es wurde eine Bestandsaufnahme, der Ist-Zustand gemacht und auch der künftige Energiebedarf für das Jahr 2035 und daraus wurden Ableitungen für kommunale Ziele und verschiedene Handlungsfelder gemacht.

Das Energiekonzept zeigt die energiepolitische Stossrichtung der Gemeinde Allschwil auf. Der Plan hat eine behördenverbindliche Wirkung. D. h. der Gemeinderat beauftragt die Gemeindeverwaltung, die vorgesehenen Massnahmen der Energieplanung bei ihrer Tätigkeit zu berücksichtigen respektive umzusetzen. Das kann mit verschiedenen Massnahmen erreicht werden. Auf diese möchte ich nun hier nicht eingehen, Sie können sie alle im Bericht wiederfinden. Der Gemeinderat empfiehlt auf dieser Grundlage dem Einwohnerrat, diesen Bericht und das Energiekonzept zur Kenntnis zu nehmen.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals. Biljana Grasarevic. Wir kommen nun zur Beratung im Rat. Zuerst die Fraktionssprecherinnen und -sprecher und danach die allgemeine Rednerliste. Ich möchte den 1. Vizepräsidenten bitten, in diesem Sinne die Rednerliste zu führen.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Herr Christian Jucker!

Christian Jucker, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Sehr geehrter Rat, sehr geehrte Anwesende. Zuerst einmal ein Dankeschön an die Gemeindeverwaltung für die schon längst dringend notwendige Arbeit, die geleistet wurde. Ich glaube, es ist absolut zentral, dass man alle Arbeiten im Bereich Energie und Umwelt koordiniert. Ein solcher Energieplan ist dabei eine gute Hilfe. Was mich erstaunte, was ich erst gerade zuvor definitiv abklären konnte, ist, dass die neu geschaffene UNEK nicht in diesem Plan involviert war und auch nicht aktiv mitgearbeitet hat. Ich möchte daran erinnern, was damals Niggi Morat und ich zusammen als Kommission für Nachhaltigkeit forderten, wäre eine Kommission gewesen, die genau an solchen Themen zentral mitarbeitet. Ich finde es nicht gut, dass sie nicht dabei war. Es wäre die externe Fachkompetenz gewesen, die geholfen hätte, das Ganze noch etwas breiter abzustützen und die aktuell bestehenden Löcher vielleicht zu füllen. Ich hoffe mal für die Zukunft, dass in der neuen Konstellation dies dann besser läuft und hoffentlich die Themen dann auch dort in der UNEK entsprechend beantwortet werden.

Grundsätzlich ist der Plan auch für unsere Fraktion an gewissen Orten einfach ein wenig verbindlich. Es fehlen an vielen Orten Details oder auch die Genauigkeit. Es hat auch Sätze, die sich selbst widersprechen. Ich möchte einen schnell zitieren: «Bis ins Jahr 2035 werden alle kommunalen Gebäude mit erneuerbaren Energien beheizt, wobei die Nutzung von fossilen Energieträgern zur Spitzenabdeckung oder Redundanz auf ein Minimum beschränkt werden und 20 % nicht übersteigen.» Solche Sätze sind für mich einfach zu breit gefasst. Ich denke, es wäre wichtig, dass man sich ein wenig fokussiert und sich entscheidet, was man genau möchte. Ich glaube, ich gehe nun nicht in alle Details. Einen Teil werden wir nachher noch bei unserer Interpellation sehen, die ganze Diskussion zum Dorf kern, wie man in einem geschützten Gebäude oder in einer geschützten Dorfzone z. B. erneuerbare Energien an einem Gebäude anbringt. Das ist technisch praktisch nicht möglich, wird im Energieplan mit keinem Wort erwähnt. Nach meiner Meinung fehlt da noch ein Kapitel. Vielleicht können wir es im Rahmen der Interpellation noch diskutieren.

Was sich ebenfalls durch den Plan durchzieht sind, man versucht durch gute Empfehlungen oder durch Vorbildfunktion eine Transition zu erneuerbaren Energien zu leiten. Ich denke, das ist ein guter Versuch, aber offen gestanden, bringt das nicht viel. Ich würde auf der Gemeinde einen aktiveren Beitrag über die Zeit hinweg erwarten, als z. B. wie in Kapitel 7.3 gesagt wird, dass man Hinweise auf Sharing-Angebote geben wird. Im Wortlaut heisst es: «Daneben soll die Gemeinde die Bevölkerung sensibilisieren, indem sie ihre Öffentlichkeitsarbeit darauf ausrichtet und u. a. auch auf Sharing-Konzepte hinweist.» Also ja, es hat schon noch etwas Luft nach oben.

Was mir aber wichtig ist, ist im Grunde die ganze Planung. Was mir primär fehlt, ist der Absenkungspfad. Das wird im Bericht auch beschrieben, oder in Kapitel 7.3. Nein, Entschuldigung, das ist in einem anderen Kapitel bei den Zielen. Es wird zwar das Ziel festgelegt, aber nicht der Weg dorthin. Ich glaube, wir werden in der Fraktion, ausser es käme direkt nun etwas vom Gemeinderat, eine Motion oder ein Postulat einbringen, womit wir sicherstellen wollen, dass der Absenkungspfad relativ schnell definiert.

Als Feedback dazu noch einmal sagen zu dürfen, ich finde es eine ausgezeichnete Arbeit und eine notwendige Arbeit. Ich glaube, das ist der Beginn einer guten Energiestrategie für Allschwil. Danke schön.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Herr Tim Söllick!

Tim Söllick, FDP-Fraktion: Geschätzter Herr Präsident, liebe Kollegen. Vielen Dank. Die FDP-Fraktion begrüsst klar, dass Allschwil einen Energieplan mit Energiekonzept hat, dass die Ziele erreichbar sind und die Massnahmen so weit auf Kurs sind. Das, was uns ein wenig fehlt, ist, dass der Zeithorizont sehr lange ist, 2035. Wir haben jetzt im Vorgang zu dieser Einwohnerratssitzung einen Antrag gestellt, dass alle drei Jahre über den Status, die Massnahmen dem Einwohnerrat Bericht erstattet wird. Vielen Dank.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Herr Mark Aellen!

Mark Aellen, SP-Fraktion: Geschätzte Ratsmitglieder. Auch die SP ist erfreut, dass wir ein solches Papier vorliegend haben. Wir gehen aber ein wenig in dieselbe Richtung wie zuvor. Dieses Ding Plan zu nennen, finde ich ein wenig vermessen, denn es fehlen doch relativ viele Schritte. Wie wir zuvor erwähnt haben: Einzelheiten, wie man an Dinge rangehen möchte, sind nicht beschrieben. Die Handelfelder sind beschrieben, aber das Wie leider nicht. Insofern finde ich, Plan ist wirklich ein wenig weit gesetzt als Begriff. Konzept: Wir haben Zielsetzungen, das ist immerhin schon mal was. Wir wissen, was wir nutzen können, auch dies ist gut. Aber als Konzept ist es bislang nicht genügend, denn wo wir stossen werden, wie wir stossen werden, sollte im Konzept drinstehen, nicht nur, das sind die Mittel, die wir haben. Wie orchestrieren wir diese Mittel? Also, wie der Vorgänger erwähnte, es benötigt noch viel, wir haben Zeit, aber wir müssen sie nutzen, und zwar schnell. Danke schön.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Herr Henry Vogt!

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Auch die SVP bedankt sich für dieses Konzept. Es ist natürlich ein Grundlagenpapier, welches für die Zukunft auch für das weitere Vorgehen in all den genannten Bereichen sehr wichtig ist. Trotzdem. Bevor wir diesen Bericht, diesen 100-seitigen Bericht zur Kenntnis nehmen, müssen wir schon bedenken, dass es innerhalb von zwei Wochen nicht für alle möglich war, den Bericht genau durchzulesen. Das ist ein Bericht von solcher Wichtigkeit, dass er ganz einfach zuerst in eine Fachkommission gehört, bevor man ihn uns hier vorlegt. Deshalb werde ich oder stelle ich den **Antrag**, dass wir diesen **Bericht zuerst in die KBU überweisen**, bevor wir ihn zur Kenntnis nehmen. Danke schön.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Keine weiteren Wortmeldungen.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals. Somit liegt der **Antrag der SVP-Fraktion**, Henry Vogt, vor, dass man den **Bericht zuerst der Kommission unterbreitet**. Ich stelle diesen Antrag gleich zur **Abstimmung**.

Wer dem zustimmen möchte, möge bitte jetzt die Karte erheben und möchte die Stimmentzähler bitten, auszuzählen. Danke vielmals. Wer dagegen ist, möge bitte jetzt die Karte erheben. Danke vielmals. Noch die Enthaltungen, bitte. Ich bitte die Stimmentzähler, das Ergebnis vorzubringen. Das Ergebnis liegt mir vor:

://:

Sie haben den **Antrag von Henry Vogt** mit 25 Nein-Stimmen, zu 10 Ja-Stimmen, bei 3 Enthaltungen **abgelehnt**.

Wir kommen zur **Abstimmung** über den **Antrag des Gemeinderats** auf Seite 5 des Berichts, in dem beantragt wird:

Der Einwohnerrat nimmt den kommunalen Energieplan mit Energiekonzept zur Kenntnis.

Wer dem Antrag zustimmen möchte, der möge bitte jetzt die Karte erheben. Danke vielmals. Wer dagegen ist, möge die Karte bitte jetzt erheben. Dann noch die Enthaltungen bitte. Danke vielmals. Ich möchte die Stimmentzähler bitten, mir das Ergebnis vorzubringen.

://:

Sie haben mit 32 Ja-Stimmen und 6 Nein-Stimmen dem **Antrag zugestimmt**.

Somit komme ich zur **Schlussabstimmung**.

Wer das Geschäft als Ganzes erledigen möchte, der möge bitte die Karte jetzt erheben. Danke vielmals. Gegenstimmen, also, wer dieses Geschäft nicht abschliessen möchte, möge bitte jetzt die Karte erheben. Enthaltungen? Ich möchte die Stimmentzähler wiederum bitten, mir das Ergebnis vorzubringen.

Gut, Danke vielmals. Bevor ich hier das Ergebnis jetzt bekannt gebe: Ich wurde eben darauf aufmerksam gemacht, dass mir ein **Antrag der FDP** unters Eis geraten ist. Dieser liegt auch bereits schriftlich vor. Oder? Das ist nicht der Fall. Der Antrag lautet – ich lese ihn gleich ganz vor und lege ihn nachher auf:

Ausgangslage Es ist begrüssenswert, dass im Rahmen der vorgelegten Erhebung durch das Büro Planar geschlussfolgert werden kann, dass die von Allschwil angestrebten Ziele des kommunalen Energieplans mit dem Energiekonzept erreichbar sind, und alle Massnahmen so weit auf Kurs liegen. Jedoch ist der angestrebte Zeit-horizont mit 2035 sehr lange und macht es erforderlich, den Fortschritt der Massnahmen in regelmässigen Abständen zu verfolgen und dem Einwohnerrat zu berichten.

Antrag: Der Gemeinderat legt dem Einwohnerrat alle drei Jahre einen Bericht zum Stand der Umsetzung der vorgestellten Massnahmen vor.

Für die FDP-Fraktion Tim Söllick und Urs Poživil.

Ich lege es noch kurz auf und möchte diesen Antrag – es geht also darum, dass der Gemeinderat **alle drei Jahre Bericht an den Einwohnerrat erstattet** – jetzt gerne zur **Abstimmung** bringen.

Wer dem Antrag zustimmen kann, möge bitte jetzt die Karte erheben. Danke vielmals. Wer dagegen ist, möge jetzt die Karte erheben, bitte. Wir kommen noch zu den Enthaltungen. Danke vielmals.

://:

Ich kann feststellen, dass dieser **Antrag** bei 3 Enthaltungen **grossmehrheitlich angenommen** wurde.

Stephan Wolf, Präsident: Ich deute es als Wortmeldung von Mark Aellen ... dann gebe ich dir jetzt gerne das Wort.

Mark Aellen, SP-Fraktion: Kleine Verständnisfrage. Wir haben dieses Geschäft abgeschlossen und jetzt einen Antrag über dieses Geschäft reingenommen, obwohl die Traktandenliste dies nicht vorgesehen hat. Wie geht das? Also ich habe nichts dagegen, dass er durchgekommen ist. Aber, ich glaube, formell lief das nun irgendwie falsch. Entschuldigung.

Stephan Wolf, Präsident: Das ist der Grund, weshalb ich das Ergebnis der Schlussabstimmung bisher nicht verlesen habe, weil dieser Antrag eben im Raum liegt und er mir unters Eis geriet. Der Antrag kann natürlich heute auch gestellt werden, so wie Henry Vogt seinen Antrag auch stellen konnte, den ich zur Abstimmung brachte. Es ist klar. Ich werde die Schlussabstimmung nun wiederholen. Es wurde kein Ergebnis verlesen, das Urteil in diesem Sinne noch nicht verkündet, deshalb, denke ich, kann ich es auf diese Weise tun.

Wir kommen noch einmal zur **Schlussabstimmung**.

Wer das Geschäft als Ganzes abschliessen möchte, möge bitte jetzt die Karte erheben. Danke vielmals. Wer das Geschäft nicht abschliessen möchte, bitte jetzt die Karte erheben. Enthaltungen? Danke vielmals. Ich möchte die Stimmenzähler bitten, mir das Ergebnis vorzubringen.

://:

Sie haben das **Geschäft** mit 32 Ja-Stimmen, bei 3 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen **abgeschlossen**.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 3

Bericht des Gemeinderates vom 14.8.2024, betreffend
Begehren gemäss § 49 Abs. 1 der Kantonsverfassung (SGS 100),
«Gemeindeinitiative» zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes (SGS 185)
Geschäftsvertretung: GP Franz Vogt, Geschäft 4742

Stephan Wolf, Präsident: Meine erste Frage ist: Ist Eintreten bestritten? Das ist nicht der Fall. Zuerst würden die Ausführungen des Gemeindepräsidenten Franz Vogt erfolgen. Anschliessend wären dann die Fraktionssprecherinnen und -sprecher sowie der Gesamteinwohnerrat an der Reihe. In diesem Sinn möchte ich das Wort nun gerne dem Gemeindepräsidenten, Franz Vogt, erteilen.

Franz Vogt, Gemeindepräsident: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer. Ich werde gerne zu diesem Geschäft ausführen. Seit 2021 – Sie haben es gelesen, aber ich werde es aber zusammenfassen – Seit 2021 arbeitet die KKAF, die *Konsultativkommission Aufgabenteilung und Finanzausgleich*, deren Mitglied ich bin, an der Revision des Finanzausgleichsgesetzes. Ziel dieser Revision ist, dass das schweizweit rekordverdächtig hohe Umteilungsvolumen nicht immer weiter anwächst. Die KKAF konnte sich nach zähem Ringen auf einen Kompromiss einigen. Ein schwieriges Unterfangen, wie Sie sich vorstellen können, weil die Gebergemeinden deutlich in der Minderheit der Anzahl Gemeinden im Kanton sind. Die Landratsvorlage war bereit und wurde in die Vernehmlassung gegeben. Die KKAF nahm daraufhin einige Retuschen vor. Die Vorlage war auf gutem Weg. Umso erstaunter mussten wir im März vom Entscheid des Regierungsrates Kenntnis nehmen, dass die Vorlage nicht an den Landrat überwiesen werden soll. Dies, wie wir meinen, aus fadenscheinigen Gründen.

Der Inhalt dieser Initiative, die Ihnen vorliegt, liegt sehr nahe an der Landratsvorlage. Die Eckpunkte sind auch hier die Senkung des Abschöpfungssatzes von 60 auf 40 %, aber innert acht Jahren anstatt, wie in der Landratsvorlage vorgeschlagen, innert zehn Jahren. Dies, damit der ursprüngliche Zeitplan am Schluss doch eingehalten werden kann.

Der nächste Punkt war die Anpassung des Lastenausgleichs, welcher, wie es so schön heisst, durch den Kanton geleistet wird. Diesen beabsichtigt man an die Teuerung anzupassen. Auch dieser Teil war Teil der Landratsvorlage.

Als weiteren Punkt haben wir die Anpassung der sog. Kompensationszahlungen an die Teuerung eingebracht. Diese sind nicht ganz dasselbe wie der Lastenausgleich, sondern es sind fix abgemachte Beträge wie das 6. Schuljahr, die wir vom Kanton übernommen haben. Damals wurde ein fixer Betrag eingestellt und ist bis heute fix. Es war vorgesehen, dies in einer weiteren Landratsvorlage separat zu thematisieren, also hauptsächlich vom Regierungsrat war es vorgesehen. Die Gemeinden haben immer darauf gedrängt, dass es auch in diese Vorlage kommt. Da ja aber die Landratsvorlage ansonsten auf gutem Weg war, hat man sich mit diesem Vorgehen einverstanden erklärt.

Mit der Anpassung des Lastenausgleichs und der Kompensationszahlungen, ich sage mal, nur an den Index, gehen die Initianten deutlich weniger weit als ursprünglich vom Kanton befürchtet und auch von einzelnen Gemeinden gefordert wurden. Wie Sie wissen, haben sich die Kosten in den fraglichen Bereichen um mehr als die Teuerung erhöht. Die Teuerung war vorhanden, sie haben sich aber auch sonst erhöht. Man blieb aber bewusst bei der Indexierung, weil es stringent erklärt werden kann und wenig Angriffsfläche besteht, um dagegen zu argumentieren. Denken Sie daran, dass eine Anpassung an die Kosten sehr viel Angriffsfläche geboten hätte, angefangen mit der Frage, was denn genau der Anstieg der tatsächlichen Kosten ist. Dabei wären wir noch lange Zeit am Diskutieren.

Den Initiativgemeinden ist es ein Anliegen, dass diese Sache schneller kommt. Deshalb sind wir nun auch hier. Wir wären, wenn ich es richtig im Kopf habe, die zweite Gemeinde, die zustimmen würde. Bereits zugestimmt hat die Gemeindeversammlung von Arlesheim. Sobald fünf Gemeinden, entweder Einwohnerrat oder Gemeindeversammlung, wird zugestimmt haben, reicht man diese Gemeindeinitiative ein, einfach, damit nicht noch mehr Zeit ins Land geht. Es ist natürlich unser Bestreben. Wenn ich «unser» sage, meine ich die IG Gebergemeinden, in welcher ich ebenfalls im Vorstand dabei bin. Es ist unser Bestreben, dass möglichst viele Gemeinden unterschreiben können. Wir denken nicht nur an die Gebergemeinden. Wir haben auch Signale von Empfängergerneinden und Gemeinden, die gewissermassen Switcher-Gemeinden sind, die mal Empfänger- und mal Gebergemeinden sind.

Wir denken, man habe mit dieser Gemeindeinitiative eine mehrheitsfähige Vorlage, die eindeutig nicht übers Ziel hinausschiesst. Nicht zu vergessen, der Finanzausgleich ist wichtig und notwendig. Er soll aber für die Gebergemeinden erträglich bleiben. Deshalb bitte ich Sie, der Vorlage zuzustimmen. Mit Ihrem Einverständnis würden wir, wie erwähnt, zu den ersten fünf Gebergemeinden gehören, und wären somit explizit Initiativgemeinde. Das wären meine Ausführungen.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Franz Vogt. Dann wären jetzt zuerst die Fraktionssprecherinnen und -sprecher an der Reihe und anschliessend der Gesamteinwohnerrat. Ich möchte den 1. Vizepräsidenten bitten, in diesem Sinne die Rednerliste zu führen.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Herr Mark Aellen!

Mark Aellen, SP-Fraktion: Geschätzte Ratsmitglieder. Selbstverständlich ist dieses Anliegen bedeutungsvoll. Die SP unterstützt es vollumfänglich. Damit ich mich nicht noch ein zweites Mal als Privatperson melden muss, nutze ich die Gelegenheit, um zu sagen: Es ist trotzdem etwas schade, dass versucht wird, solche Themen, welche finanztechnisch nicht jedem sofort zugänglich sind, so schnell durch den Rat zu pushen. Insofern würde ich es schon begrüssen, dass man solche Dinge wirklich auch an die FIREKO zur Vorberatung abgibt, damit der Rat nicht so überrumpelt wird. Gleichwohl glaube ich, Franz hat es gut vorgebracht, sind die gesetzten Ziele nicht exorbitant. Ich meine, der Abschöpfungssatz hat nach wie vor die Begrenzung dieser 15 %, welche es für die grösseren Gemeinden zuvor schon gab. Es liegt also in diesem Zwischenbereich, in welchem man versucht, es abzufedern. Deswegen, sehr rasonabel. Der Fakt, dass die ursprüngliche Vorlage fixe Zahlen beinhaltet, die nicht an einer Teuerung angeglichen sind, ist der Hammer. Demzufolge ist es vertretbar, dass man sagt, wenigstens die Teuerung sollte man anpassen. Nicht, dass das Ganze aus dem Ruder läuft. Und da, ich denke, den Initianten gutschreiben, dass sie eben nicht versucht haben, noch mehr reinzupacken. Daher finde ich, auch im Namen der SP, nicht nur ich, dieses Paket absolut vertretbar und es ergibt Sinn, dass man zustimmt. Insofern unterstütze ich die Dringlichkeit. Danke schön.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Herr Florian Spiegel!

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Besten Dank, geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Als Erstes gerne das, womit ich gleicher Meinung wie mein Vorredner bin, das Thema Kommissionen. Dies stand nämlich bei uns auch zum Thema. Das ist auch das, was wir zuvor beliebt machen wollten und auch gerne als Anregung ans Büro mitgeben würden, dass Geschäfte, die vom Gemeinderat ins Büro kommen, dass sie ordentlich Sachkommissionen zugeteilt werden, bevor wir dann immer hier diese Diskussionen führen. Denn sonst bräuchten wir diese Kommissionen in vielen Belangen nicht. Es ist deren Aufgabe, deren gesetzliche Aufgabe. Ihr müsstet aber anfangen, die Geschäfte auch endlich zuzuweisen.

Das Zweite zu diesem Antrag, besser gesagt zu dem, was Franz Vogt ausgeführt hat. Dem Grundsatz nach sehen wir es, was den Finanzausgleich zwischen den Geber- und den Nehmergemeinden angeht, von unserer Fraktion aus gleich. Dass wir dort Handlungspotenzial haben aus Sicht Gebergemeinden, ist natürlich auch sehr verständlich. Dass es aus Sicht Nehmergemeinden natürlich deutlich anders aussieht und es nicht ganz so harmonisch war, wie es uns zuvor erzählt werden wollte, ist natürlich auch noch auf einem anderen Blatt geschrieben. Wenn nun der Gemeinderat deshalb ganz konsterniert schaut, dann weiss ich manchmal nicht, ob er von den Gebergemeinden dasselbe mitbekommt, wie ich es manchmal wahrnehmen darf.

Wir hätten diesen Antrag auch unterstützt, wenn man sich nämlich auf den § 14 beschränkt hätte. Nämlich auf das Kernthema, was wirklich das Problem ist, dieser übermässige Finanzausgleich. Dass wir nun von diesen zehn Jahren auf die acht Jahre gehen, wobei ja die anderen Nehmergemeinden alle schon die zehn Jahre als überaus sportlich betrachtet haben, ist der Widerstand von sämtlichen Geber- und Nehmergemeinden bei acht Jahren sicher schon mal vorprogrammiert. Das muss man hier einfach auch wissen. D. h. die deutliche Mehrheit der Gemeinden im Kanton werden es danach mit allen Mitteln, die sie haben, torpedieren. Das muss man einfach wissen. Denn wir sind von acht auf zehn Jahre zurück. Und sie haben bereits zehn Jahre als das äusserste Maximum empfunden. Denn auch wenn für uns 13 Mio. als Transferaufwand viel ist, bedeutet das in kleinen Gemeinden mit 1,2 Mio. Steuereinnahmen, wenn diesen plötzlich noch die, sagen wir 600' oder 700'000 wegfallen, die über den Finanzausgleich hereinkommen, bedeutet dies, dass die Gemeinden schlichtweg operativ nicht mehr fähig sind, es umzusetzen. Das muss man sich einfach bewusst werden. Dann macht man den grossen Trick, den man damals schon versucht hatte, in der Hoffnung, dass man doch vielleicht

eine Mehrheit findet und nicht alle ganz schwierig tun. Indem man nämlich beim § 15, beim Lastenausgleich und bei den Kompensationszahlungen die Teuerung anbringt. Dort macht man etwas ganz Spezielles. In diesem Moment, bei dem man es einbringt, werden wir wissen, dass wir sicher noch den Kanton haben, der gegen diese Vorlage sein wird.

Wir haben es also mit dieser vorhandenen Vorlage geschafft, dass wir alle gegen uns haben, die wir in einer Form im Boot haben wollen. Wir werden die Geber- und Nehmergemeinden gegen uns haben, wir werden den Kanton auf hundert Prozent gegen uns haben. Und weshalb? Der Lastenausgleich ist dazu gedacht, dass der Kanton spezifische Probleme, die im Kanton, in den Gemeinden herrschen, mit finanziellen Mitteln unterstützen kann. Dass dies an eine Teuerung gebunden sein soll, bei einem Thema, welches ständig neu verhandelt wird und an den Zeithorizont gebunden und dann bezahlt ist, widerstrebt auf jeden Fall mir und ganz vielen anderen auch jeder Logik, den Lastenausgleich an eine Teuerung zu binden. Das ergibt keinen Sinn. Es ist nicht sinnvoll, wenn jedes Mal neu verhandelt wird und immer wieder neu verhandelt wird, also Lastenausgleich und Teuerung. Es geht nur darum, dass wir beginnen, quer zu finanzieren. Dasselbe tun wir auch bei der Kompensationszahlung. Das ist absolut richtig. Wir haben bei der Primarschule eine sog. Kompensationszahlung erhalten. Aber auch hier werden wir einen Paradigmenwechsel machen wollen.

Die Kompensationszahlungen gibt es immer wieder in der Geschichte des Kantons. Das funktioniert immer dann, wenn Leistungen oder Aufträge sich zwischen Kanton und Gemeinde verschieben. Da gibt es aber ganz klare Regelung; das ist, wie wenn man sich trennt. Man nimmt den Tag X, wir haben verhandelt und gekämpft und dann wird ein finanzielles Entgelt festgesetzt. Darauf einigt man sich. Jetzt möchte man das erste Mal die Büchse öffnen und eine neue Praxis anwenden. Nämlich, dass man bei den Kompensationszahlungen plötzlich eine Teuerung einwirft. Das mag nun natürlich mit dem Beispiel der Lehrer im ersten Moment noch Sinn ergeben. Jeder draussen denkt, ja, das ist absolut richtig, wir haben doch Lehrer und nun sind die, die 6. Primar, plötzlich zu uns gewandert und die haben doch Löhne und diese Löhne unterliegen doch der Teuerung, deshalb müssen wir jetzt die Teuerung auf die Kompensationszahlungen haben. Das mag fadenscheinig bei den Lehrern sogar im ersten Moment funktionieren, wir haben aber ganz viele andere Kompensationszahlungen, die eben nicht z. B. an Löhne angelehnt werden.

Und weshalb macht man das mit den Kompensationszahlungen? Wir haben im Kanton einen horizontalen Finanzausgleich zwischen den Gemeinden. Das, was wir hier haben, ist eine vertikale Anpassung des Finanzausgleichs zwischen Kanton und Gemeinden, nach dem Motto: Liebe Gebergemeinden, wir drücken eine Kompensationszahlung, einen Lastenausgleich in einen Teuerungsbereich, sodass dann der Kanton einen Teil eigentlich quer finanziert, damit ihr nicht weiter so stark leiden müsst, dann finden wir bestimmt einen Weg. Das ist nichts anderes als diese Vorlage, die wir hier haben. Das muss man sich ganz klar vor Augen halten. Diese Vorlage hat viel Zeit und hohe Ressourcenkosten und wird wahrscheinlich, davon bin ich überzeugt, ein absolut riesiger Rohrkrepierer sein.

Man hätte sich entweder auf § 14 beschränken können, was wir unterstützt hätten, weil man einen Zeithorizont gehabt hätte, der vertretbar gewesen wäre, oder hoffen, dass man bei einem guten Abstimmungswahlkampf, denn darauf wird es hinauslaufen, der Bevölkerung klarmachen könnte, wie hoch der Leidensdruck in den Gebergemeinden ist. Was wir aber jetzt haben werden, ist, dass wir alle Nehmergemeinden gegen uns haben werden, wir werden den Kanton gegen uns haben und es wird auf diese Weise schlichtweg nicht umsetzbar sein. Das wird nun über Jahre laufen, es wird versanden, am Schluss wird gleichwohl die Regierung eine Vorlage bringen müssen, es wird wieder über die Gemeinden laufen, sie werden sich erneut nicht einigen. Und wenn es zum Schluss nicht zurückgezogen wird, wird es am Schluss zu einer Abstimmung kommen, die, so glaube ich, in diesem Kanton keine Mehrheit finden wird. Deshalb tut es uns leid, aber bei dieser Vorlage, so wie sie vorliegt, kann die einzige Konsequenz nur sein, sie abzulehnen.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Ich möchte schnell Gemeindepräsident Franz Vogt das Wort erteilen.

Franz Vogt, Gemeindepräsident: Vielen Dank. Als Erstes möchte ich mich natürlich entschuldigen, dass der Gemeinderat empfohlen hat, dem Büro empfohlen hat, es ohne Kommissionsberatung zu verabschieden. Wie gesagt, der Grund war, damit wir zeitlich schnell vorankommen. Ich habe es erwähnt, wir sind seit 2021 an der Sache dran. Die Verzögerung, ihr kennt es, die ist immer gross. Wir haben es dem Büro vorgeschlagen. Das Büro hat frei entschieden, was auch klar ist. Wir sind eigentlich dankbar, dass man es heute hier behandeln kann.

Nun, zu Florian Spiegel. Aus dir spricht natürlich der Kantonsvertreter, was dich teilweise auch ehrt. Aber hier übertreibst du nun in vielen Dingen sehr stark. Toni ist natürlich komplett dagegen, muss aber sagen, er ist jedoch auch selbst schuld [*Gelächter im Hintergrund*] – nein, ich muss nun mit wirklich deutlichen Worten sagen, wir haben lange an dieser Vorlage gearbeitet. Dann kurz vor Schluss zieht der Gesamtregierungsrat es zurück. Ich möchte nun nicht gegen Herrn Lauber – wir haben ein hervorragendes Einvernehmen. Wir hatten ein gutes Einvernehmen mit der ganzen KKAF. Man hat gemeinsam daran gearbeitet. Ich möchte dir als Erstes sagen, ich würde dir empfehlen, nicht von Nehmergemeinden, sondern bitte von Empfängergemeinden zu sprechen. Weiter ist es so, dass es sicher einzelne Gemeinden gibt, die unter dem Strich leichte Verluste aufweisen. Das sind aber sehr wenige, das muss ich nun einfach sagen. Und zu diesen acht Jahren: Weil es diese Verzögerung gibt, geschieht in den ersten zwei Jahren nichts. Insofern gibt es am Schluss keinen Nachteil; man beginnt später, aber in leicht grösseren Schritten, und am Schluss steht man an demselben Ort. Es ist keine Verschärfung.

Ich kann es so nicht bestätigen, aber natürlich wird es einzelne Gemeinden geben, die dagegen sind. Man hatte also eine Tagsatzung von allen Gemeinden, VBLG-Tagsatzung, an der es sehr kontrovers diskutiert wurde. Caroline Rietschi, Markus Eigenmann und ich mussten uns natürlich warm anziehen, oder? Wir als Hauptvertreter der Gebergemeinden und der Grossteil der Gemeinden sind natürlich Empfängergemeinde. Ich muss aber sagen, auch der KKAF, es gibt keinen riesigen Widerstand. Dass aber natürlich niemand Freude hat, wenn etwas ein wenig beschränkt wird, das ist natürlich auch nachvollziehbar.

Und der Lastenausgleich, muss ich dazu sagen, ist nicht, wie du es zuvor gesagt hast, dass der Kanton gewissermassen sieht, es sind spezifische Lasten, da zahlen wir usw., sondern, es sind klare Dinge dahinter, wie sagt man, das Wort kommt mir gerade nicht in den Sinn, Entschuldigung. Wenn diese erreicht werden, dann erhält eine Gemeinde eine Zahlung oder nicht. Das ist z. B. ein Anteil beim Bildungsausgleich. Das ist z. B. ein Anteil Schüler pro Einwohner. Wenn man einen gewissen Wert erreicht, gibt es eine Ausgleichszahlung. Es ist einfach so, es gibt einen vertikalen Teil des Finanzausgleichs, und es gibt einen horizontalen Teil. Der horizontale Teil ist eben der Finanzausgleich, der sich rein an der Steuerkraft misst. Dieser hat sonst keinen anderen Indikator, jetzt haben wir das Wort, als die Steuerkraft, die auf den mittleren Steuersatz einer Gemeinde gemittelt wird. So wird das Ausgleichsniveau bestimmt.

Wer über diesem Ausgleichsniveau liegt, der gibt heute 60 % in den Ausgleichstopf. Dies ist dann auf 15 % der Steuerkraft beschränkt. Man hat gegen oben eine Begrenzung. Sonst gibt man 60 % aus. Wir geben aktuell ca. 50 % der Steuerkraft, also 50 % gehen aktuell in diesen Finanzausgleich. Dieser ist stetig am Steigen. Aber der vertikale Lastenausgleich, also d. h. vom Kanton bezahlt wird – horizontal will bedeuten von Gemeinde zu Gemeinde – also auf der Ebene vertikal ist es vom Kanton hinab zu den Gemeinden. Ich muss Ihnen aber auch dazu sagen, es gibt ganz andere Kantone; z. B. hat der Kanton Aargau einen viel höheren Anteil am Vertikalen. Ich kann also nicht ins Lied des Kantons einstimmen. Uns ist natürlich klar, dass auch der Kanton zu den Finanzen achtgeben muss. Florian Spiegel ehrt das natürlich, der ja Präsident dieser Finanz- und Rechnungsprüfungskommission ist, dass er zu diesen Finanzen auch schaut.

Wir sind wirklich überzeugt, dass es ein guter Kompromiss ist, mit dem auch die Empfängergemeinden gut leben können. Wir stehen natürlich selbstverständlich auch im Austausch mit Empfängergemeinden. Alle werden wir natürlich nicht zufriedenstellen können. Was nun aber hier heraufbeschworen ist, kann ich nicht bestätigen, dass es einen Kampf Empfängergemeinden gegen Gebergemeinden gibt. Ich meine, das habe ich zuvor schon erwähnt, es ist eine sehr massvolle Sache. Denn stellen Sie sich vor, die zwei Dinge, es ist eben nicht nur das 6. Schuljahr, sehen doch alle, was dort der Schüler heute mehr kostet, als was er, ich meine, im 12 oder wann gekostet hatte. Man nimmt die Basis 2015. Dass das an einem ganz anderen Ort ist und der Index – ich erinnere Sie daran, wir hatten mehrere Jahre überhaupt keine Teuerung – also das ist aus meiner Sicht eine Forderung, die keinesfalls überrissen ist.

Dann gibt es auch noch das Alter, welches seit ca. 2014 voll bei den Gemeinden liegt. Dazu werden Sie dann im Budget 25 sehen, welche Auswirkungen es aktuell hat und auch schon die letzten Jahre hatte. Es sind keinerlei überrissene Forderungen, sondern sehr realistische Forderungen. Die haben wir bewusst realistisch gestellt. Ich bitte Sie sehr, den Anträgen zuzustimmen.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Herr Gemeindepräsident, Franz Vogt, sind Sie so weit? Dürfen wir weiter? Danke. Ordnungshalber möchte ich zuerst das Wort Christian Jucker geben, dann Mark Aellen und danach noch einmal Florian Spiegel.

Christian Jucker, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Sehr geehrter Rat, sehr geehrte Anwesende. Das meiste ist eigentlich bereits gesagt. Ich möchte den Finger in dieselbe Wunde halten, betreffend Kommission. Es ist uns wichtig, dass so komplexe Vorhaben einfach bei der jeweiligen Fachkommission vorbeikommen. Das ist nun die zweite Vorlage heute, die erste zum Energieplan mit einem Konzept bis ins Jahr 2035, die wir mehr oder weniger zwei Wochen zuvor erhalten und darüber entscheiden sollten. Dasselbe jetzt, eine hochkomplexe Vorlage, die in den Dokumenten von uns nicht nur vollziehbar ist, welche Konsequenzen sie auf das Budget genau hätte und wie es finanziell aussieht. Nach unserer Meinung müssen wir wirklich den Finger draufhalten. Das ist, glaube ich, auch ein Zeichen an uns selbst, den Finger draufhalten, damit es jeweils bei der zugeneigten Kommission vorbeikommt.

Grundsätzlich stimmt unsere Fraktion aber diesem Antrag zu. Wir sehen die positiven Elemente und hoffen, dass es mindestens etwas in Bewegung setzt. Danke schön.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Herr Mark Aellen!

Mark Aellen, SP-Fraktion: Geschätzte Ratsmitglieder. Das Votum von Florian erstaunt auch mich etwas. Wortgewandt wie immer, kommt er mit ziemlich angriffigen Worten daher, die, wenn man nicht richtig hinhört, einen doch sofort überzeugen. „Man hat alles Gegner“ ist wortgewaltig. Es ist klar, dass, wenn man eine Initiative startet, nicht nur Freunde hat. Denn wenn man nur Freunde hätte, müsste man gar keine Initiative starten, dann würde es natürlich bereits laufen. Wir haben schon gehört, dass der Kanton als Regierungskörper die eigentlichen Fortschritte, die er bereits getan hat, plötzlich rückgängig macht, einfach aus seiner Ansicht heraus. D. h. man hat schon mal diesen Feind. Den hat man logischerweise, denn sonst müsste man die Initiative nicht stellen. Wie erwähnt müssten die Empfängergemeinden jetzt absolut dagegen sein, weil plötzlich riesige Beträge in ihren Budgets fehlen. Ja klar, klar, es wird etwas weggehen, wenn man weniger gibt. Aber dies wurde bereits vorverhandelt, das Terrain wurde schon sondiert.

Ja, es mag sein, dass ein paar Gemeinden sagen, es ist immer noch sportlich und jetzt ist es nicht mehr sportlich, sondern jetzt ist es nur noch aggressiv und das können wir nicht zulassen. Aber wie Franz anfügte, der ursprüngliche Zeitplan war ein anderer. Jetzt gibt es ja Verzögerungen und diese versucht man, wieder aufzuholen. Ich denke, diese Vorlage wird eine Chance haben. Es ist würdig, es aufzunehmen, wenngleich man scheitert. Man kann es der Regierung nicht einfach so durchgehen lassen, dass sie Bemühungen so mir nichts, dir nichts sistiert. Man muss Zeichen setzen. Wenn dann die ganze Beratung in das Desaster hinausläuft, wie es Florian zeichnet, muss ich mich fragen, welche Vorlage überhaupt eine Chance hat. Denn, wie wir klaggestellt haben, sind die Forderungen nicht exorbitant. Die Anpassung an eine Teuerung ist nicht einfach sinnlos, nur weil Sachen neu verhandelt werden. Das ist die Anpassung des ausgegebenen Gesamtbetrags. Wie er ausgegeben wird, muss, wie du gesagt hast, immer noch verhandelt werden. Aber es ist eine andere Ausgangslage. Danke schön.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Herr Florian Spiegel!

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Besten Dank zum Zweiten. Mark, wenn das zuvor schon angriffig war, dann tut mir es sehr leid, aber ich hielt es noch für sehr im Rahmen, weil wir eigentlich alle das selbe wollen. Was mich ganz erstaunt, ich habe immer gedacht, bei der SP hiesse es „für viele statt für wenige“, aber das ist nun genau das Gegenteil. Aber gut, können wir so stehen lassen.

Franz, absolut einverstanden. Ich habe beim Lastenausgleich nicht gesagt, dass es nicht an Indikatoren gebunden sei. Ich habe gesagt, dass sie ganz genau bestimmt seien. Dass es dort aus meiner Sicht keinen Spielraum gibt, dass man nun darauf Teuerungsausgleich erhebt. Wie zuvor erwähnt, ihr könnt das schon gerne diskutieren gehen. Aber was ich auch nicht ganz verstehe, wir haben nie gesagt, wir sind im Sinn gegen diese Anpassung. Aber es geht darum, wie hoch die Chancen sind, dass etwas durchkommt. Wir sind einfach überzeugt, dass mit diesem Papier, welches heute so vorliegt, diese Chance nicht gegeben ist. Auch nicht im Ansatz. Wenn man dann sagt, ja, die eine oder andere der Empfängergemeinden, welche von diesem Ressourcenausgleich Geld gesprochen erhalten, – es tut mir leid. Franz, da hast du absolut recht, es sind Empfängergemeinden –sprechen wir von 65

Gemeinden, das darf man nicht vergessen. 65 Gemeinden sind nachher potenziell von dieser Vorlage betroffen! Da zu glauben, dass man sich schon irgendwie findet, dies wird nicht stattfinden.

Ich meine, also wie lang nun diese Diskussionen im VBLG oder andernorts stattgefunden haben, das wissen wir auch. Jetzt kommen wir wieder genau mit dieser Vorlage und versuchen es, und haben nun noch die Zeit verkürzt. Das ist einfach der Grund, weshalb wir sagen, so wird es nicht funktionieren. Wir möchten nicht mehr Zeiten reinstecken und Ressourcen reinstecken. Wir wissen, so wird es sich nicht rechnen. Deshalb stehen wir nach all dieser langen Zeit immer noch erst da, wo wir heute sind. Ich sage, es wäre ehrlicher, wir würden beim Thema Ressourcenausgleich das Thema auf den Tisch bringen und uns wirklich um diesen Teil kümmern und schauen, was wir unternehmen können. Dann wirklich halt, und das wird auch dort, glaube ich, bin ich davon überzeugt, in eine Abstimmung hinauslaufen, dort als Gebergemeinde kompetent aufzeigen müssen, was für Einschnitte es für uns bedeutet. Denn nur darüber können wir den Wähler davon überzeugen, dass das, was wir machen wollen, richtig ist. Wir sind einfach davon überzeugt, dass das Paket, wie es heute vorliegt, nicht das richtige ist.

Es gäbe noch eine andere Möglichkeit und da sind wir, glaube ich, alle derselben Meinung, dass man es nämlich in die Kommission zurückschicken würden. Diese Möglichkeit gäbe es rein theoretisch auch heute noch, dass man es zurücknimmt und über die Finanzkommission laufen lässt. Dann kann man es nämlich mit einem sauberen und fundierten Bericht der Finanzkommission unterlegt in den Rat bringen. Das wäre viel sinnvoller gewesen. Diese Möglichkeit besteht immer noch. Wir halten einfach daran fest, dass die Vorlage, so wie sie heute vorliegt, aus unserer Sicht nicht funktionieren wird. Demzufolge werden wir sie nicht unterstützen.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Herr Franz Vogt!

Franz Vogt, Gemeindepräsident: Auch zum Zweiten, lieber Florian, ich glaube nicht daran, dass ich dich überzeugen werde, ich möchte aber ein paar Dinge noch dazu erwähnen. Die Kompensationszahlungen 6. Schuljahr und Alter gab es explizite Forderungen der Empfängergemeinden. Sie wurden an dieser Tagsatzung gestellt. Explizit wollte man dies drin haben. Das ist der Hauptgrund, weshalb wir es nun auch aufgenommen haben, um ihnen auch entgegenzukommen. Wichtig ist auch zu wissen, es gibt nicht weniger für die Empfängergemeinden. Es geht darum, den Anstieg nicht mehr so exorbitant sein zu lassen, deshalb gibt es auch den Zeitraum von zehn Jahren. Man muss auch noch dazu sagen, das war auch ein Kompromiss, es war ein Vorschlag von uns, dass man es auf zehn Jahre macht, was in der Politik eine lange Zeit ist. Eigentlich hätte man diesen horizontalen Ausgleich – das Abschöpfungsniveau müsste man eigentlich auf 30 % beschränken. Dann hätte man nämlich nicht mehr zwei Gebergemeinden, Fraktionen. Das wäre auch ein Ziel dieser Ecoplan-Studie gewesen.

Es ist auch einfach noch zu sagen, es geht doch nicht nur um die Anzahl Gemeinden, es geht am Schluss auch um die Bevölkerung, obwohl wir davon überzeugt sind, auch ein paar Empfängergemeinden von unserem Vorhaben überzeugen zu können. Denn es wurde immer auch in der KKAF besprochen. Nicht zu vergessen: Die ganze Sache liegt absolut im Interesse des Kantons, weil der Kanton muss ein grosses Interesse daran haben, dass die Gebergemeinden nicht abgewürgt werden, denn die finanzielle Musik spielt bei den Gebergemeinden.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Herr Henry Vogt!

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich weiss nun nicht, wie vielen es so ergeht wie mir, aber ich bin ab dem Zug gesprungen, ich habe den Faden verloren. Ich sehe nicht mehr, was richtig, was falsch ist. Somit weiss ich auch nicht, was ich abstimmen soll, weil ich schlicht nichts mehr verstehe. Deshalb möchte ich jetzt den Antrag stellen. Wie ich es zuvor schon getan habe, stelle ich auch hier den **Antrag**, damit wir abstimmen können, dass wir dies nun der Fachkommission, **der FIREKO, übergeben**, damit wir uns über die Kommission eine richtige Meinung bilden können. Danke schön.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Wenn es keine Wortmeldungen mehr gibt, wäre die Rednerliste somit erschöpft.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Mehmet Can. Bevor ich nun weiterfahre, möchte ich noch auf das zurückkommen, was Florian Spiegel und auch Christian Jucker wegen der Kommission erwähnt haben. Das Büro hat sich bewusst mehrheitlich dafür entschieden, es nicht einer Kommission

zu unterbreiten, weil die Initiative ist kein Alleingang der Gemeinde Allschwil, sondern, es sind, wenn ich richtig informiert bin, fünf Gemeinden involviert, die es gemeinsam vorbringen möchten. Bei einzelnen Gemeinden wurde diese Vorlage auch bereits angenommen. Wir haben deshalb auch die Dringlichkeit gesehen, die Mark Aellen zuvor angesprochen hat. Angesichts dessen haben wir darauf verzichtet, das Geschäft vorher einer Kommission zu unterbreiten. Das ist für den Einwohnerrat selbstverständlich nicht bindend. Wenn der Einwohnerrat überzeugt ist, man sollte es zuerst noch in die Kommission, konkret der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission, unterbreiten, steht es dem Einwohnerrat frei, so zu entscheiden. So gehe ich gleich flussend über zum Antrag von Henry Vogt. Ich hätte nämlich im Sinn gehabt, bei dieser Ausgangslage ohnehin noch anzufragen, ob ein entsprechender Antrag gestellt wird. Dieser liegt nun vor, deshalb muss ich diese Frage gar nicht mehr stellen.

Ich möchte gerne den **Antrag von Henry Vogt**, dass man die **Vorlage zuerst der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission zur Beratung unterbreitet**, zur **Abstimmung** bringen.

Wer diesem Antrag zustimmen möchte, möge bitte jetzt die Karte erheben. Wer dagegen ist, möge bitte jetzt die Karte erheben. Danke vielmals. Enthaltungen? Danke vielmals. Ich möchte die Stimmentzähler bitten, mir das Abstimmungsergebnis vorzutragen. Das Abstimmungsergebnis liegt vor:

://:

Sie haben dem Antrag von Henry Vogt mit 28 Ja-Stimmen, bei 5 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen zugestimmt. Somit wird ...

Eh, ja, Stopp, ich habe nur vorgelesen, was auf dem Zettel steht ...

... Jetzt fällt es mir auch auf, die **Zahlen, die mir hier vorliegen, stimmen nicht mit dem Visuellen überein**, dem visuellen Eindruck, den ich zuvor gewonnen habe. Deshalb noch einmal, ganz langsam. Ich möchte die Stimmentzähler bitten, sorgfältig auszuzählen.

Wer dem **Antrag von Henry Vogt** zustimmen möchte, nämlich dass man diese Vorlage zuerst der FIREKO überweist, möge bitte jetzt die Hand erheben. Und die Stimmentzähler bitte ohne Hektik auszählen! Wer dagegen ist, der möge bitte jetzt die Hand erheben. Enthaltungen bitte! Danke vielmals. Ich möchte die Stimmentzähler bitten, mir das Ergebnis vorzubringen.

Das Ergebnis liegt nun vor. Einer der Stimmentzähler hat mir auch gleich geberichtet, dass er es beim Aufzählen verwechselt hat. Wir bitten um Nachsicht. Das Ergebnis sieht nun folgendermassen aus:

://:

Dem **Antrag von Henry Vogt** wurde mit 25 Nein-Stimmen, zu 7 Ja-Stimmen und 6 Enthaltungen nicht entsprochen und der Antrag wurde somit **abgelehnt**.

Stephan Wolf, Präsident: Dann noch vorsichtshalber die Anfrage: Liegen weitere Anträge vor, auch solche, die mir unters Eis gerieten? Das ist offenbar nicht der Fall.

Somit kommen wir nun zur **Abstimmung über den Antrag des Gemeinderats**, Seite 7, der lautet:

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat, zu beschliessen:

Der Einwohnerrat genehmigt das Begehren gemäss § 49 Abs. 1 der Kantonsverfassung SGS 100, Gemeindeinitiative zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes SGS 185 gemäss beiliegendem Wortlaut. – SGS heisst übrigens Systematische Gesetzessammlung.

Wer diesem Antrag zustimmen möchte, möge bitte die Karte jetzt erheben. Danke vielmals. Wer den Antrag ablehnen möchte, der möge bitte jetzt die Karte erheben. Danke schön. Enthaltungen? Danke vielmals. Ich möchte die Stimmentzähler bitten, mir das Ergebnis vorzutragen.

://:

Sie haben diesem Antrag mit 30 Ja-Stimmen, bei 6 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen zugestimmt, womit der **Antrag angenommen** ist.

Ich komme noch zur **Schlussabstimmung** gemäss § 84 des Geschäftsreglements.

Wer das Geschäft als Ganzes abschliessen möchte, möge bitte jetzt die Karte erheben. Wer dagegen ist, möge die Karte bitte jetzt erheben. Danke vielmals. Enthaltungen? Danke vielmals. Ich möchte die Stimmentzähler bitten, mir das Ergebnis vorzutragen. Das Ergebnis liegt vor:

://:

Sie haben mit 31 Ja-Stimmen, bei 6 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung beschlossen, das **Geschäft als Ganzes abzuschliessen**.

Stephan Wolf, Präsident: Wir haben nun halb acht Uhr, noch nicht ganz, aber beinahe. Ich schlage vor, dass wir jetzt eine Viertelstunde Pause machen und um Viertel vor acht Uhr weiterfahren. Danke vielmals.

PAUSE

Stephan Wolf, Präsident: Ich möchte alle Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte bitten, wieder Platz zu nehmen. Bevor wir mit der Traktandenliste weiterfahren, kommt zuerst das Info-Fenster des Gemeinderats. Gemeindepräsident Franz Vogt hat uns bereits in Aussicht gestellt, dass er zwei Informationen hat. Bitte schön.

INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES

Franz Vogt, Gemeindepräsident: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer. Als Erstes möchte ich auf die leidige Geschichte mit dem nicht ganz korrekten Stimmzettel eingehen. Wie Sie sicher mitbekommen haben, ist uns da leider ein Fehler unterlaufen, statt +/- 20 % steht 20 %. Es geht um das Behördenreferendum Tempo 30. Dieser Fehler ist bei der Datenübertragung an die Druckerei entstanden und wurde beim Gut zum Druck leider nicht bemerkt. Wir haben sofort die Landeskanzlei kontaktiert und den Sachverhalt geschildert. Die Auskunft, die wir dort erhalten haben, ist, dass in der Broschüre an mehreren Orten korrekt kommuniziert wird. Also +/- 20 %. Deshalb ist nach deren Einschätzung ein Rekurs eigentlich chancenlos. Als Massnahme haben wir im Artikel und in den Gemeindenachrichten im letzten AWB auf den Fehler hingewiesen. Dasselbe tun wir natürlich auf der Homepage. Um weitere solche Fehler auszuschliessen, wird in Zukunft strikt das Vieraugenprinzip angewendet werden. Es ist ein ärgerlicher Fehler, der nicht mehr passieren darf. Wir entschuldigen uns bei der Bevölkerung.

Die zweite Information betrifft die Eignerstrategie der Stiftung am Bachgraben. Das ist die Stiftung AZB, die sich nach der Statutenrevision nun neu *Stiftung am Bachgraben* nennt. Diesen haben wir mit Vertreter der Stiftung besprochen und anschliessend in einem zweiten Workshop unter der Berücksichtigung der Rückmeldungen finalisiert und verabschiedet. Die Eignerstrategie regelt die Vorgaben und Ziele der Einwohnergemeinde als Stifter für die von der Stiftung am Bachgraben erbrachten Leistungen an deren Bewohnerinnen und Bewohner. Die Gemeinde erfüllt ihre gesetzlichen Pflichten im Bereich stationäre Pflege im Alter mit der Stiftung am Bachgraben. Die Einwohnergemeinde ist, wie Sie wissen, zusammen mit den Parteien FDP, SP, die Mitte sowie der Gemeinde Schönenbuch Stifter. Auf die Details der Eignerstrategie gehe ich hier nicht ein. Die Eignerstrategie wird aber in zwei bis drei Tagen auf unserer Homepage aufgeschaltet. Dort können Sie alle Details einsehen. Danke schön.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals. Gibt es noch weitere Informationen aus dem Info-Fenster? Ich gebe das Wort an Gemeinderat Andreas Bammatter.

Andreas Bammatter, Gemeinderat: Vielen Dank. Sie alle haben hier noch einen Zettel auf dem Tisch. Das ist ein Projekt der Regio Leimental Plus. Wie ihr seht, Allschwil, Biel-Benken, Binningen, Bottmingen, Ettingen, Burg im Leimental, Oberwil und Therwil machen etwas gemeinsam: diese Velo-Challenge. Man kann eine App herunterladen und sich entsprechend auch mit Velofahren oder Fussmärschen Punkte sammeln, durch die man sehen wird, wie das Verhalten von uns ist. Man kann auch Preise gewinnen. Also, ungeniert anmelden, probieren und dann kann man schauen.

Das Zweite ist, Sie haben es im Dorf schon erlebt, letzten Freitag war im Dorf Jazz. Und es hört eines Tages, nein, nicht eines Tages, es hört am 27. September mit einem Konzert im Gartenhof auf. Es geht um Kulturtage in Allschwil. Das Programm ist hier, man kann es auch herunterladen, wenn man „Kulturtag in Allschwil“ eingibt. Es gibt Lesungen, es gibt Theater, es gibt Outdoor-Geschichten, es gibt Indoor-Geschichten. Es wird im Heimatmuseum einiges auf einer Waldbühne stattfinden. Es wird in der Theresienkirche etwas stattfinden. Nutzen Sie oder nutzt die Gelegenheiten, etwas Kultur zu erleben und geniesst diese Kulturtage. Wer noch weiter bis in den Dezember will, auch daran beteiligt sich die Gemeinde. In Theresia steht bis im Dezember ein grosses Programm, mit dem man sich vergnügen, hineinschauen, Reinhören kann. Dies als Beitrag der Kultur, bei der die Gemeinde Allschwil auch dabei ist. Ich freue mich sehr, dass es stattfindet und danke allen, die sich engagieren. Wir können geniessen. Macht es!

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Andreas Bammatter. Gibt es weitere Informationen aus dem Gemeinderat. Das ist nicht der Fall. Somit gehen wir über zur

FRAGESTUNDE

Stephan Wolf, Präsident: Schriftlich bei der Gemeindeverwaltung gingen Fragen von Urs Poživil, Anja Oser, Christian Jucker, Flavio Fehr, Hanna Kirchhofer und Martin Imoberdorf. Es ist für das Protokoll notwendig, dass ... Von dir auch und von René Amstutz, das ist nicht einmal bis zu mir gekommen, siehst du ja. Aber für das Protokoll ist es trotzdem notwendig, dass man die Fragen noch einmal mündlich stellt, dann kann der zuständige Gemeinderat sie beantworten. In diesem Sinne gehe ich nun einfach nach der Reihenfolge vor, welche eine gewisse Willkür hat, das gebe ich zu, aber ich gehe nun nach dieser Reihenfolge vor. Ich möchte zuerst Urs Poživil bitten, seine Frage zu stellen.

Urs Poživil, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich habe sogar zwei Fragen. Ich beginne mit der Ersten. Im geschützten Dorfkern gibt es neu eine PV-Anlage auf einem Riegelhaus im Rebhässli. Gemäss dem Dorfkernreglement steht eigentlich in § 9 Abs. 3, dass Sonnenkollektoren unter der Ziegeleindeckung nach aussen nicht sichtbar einzubauen sind. Nun ist meine Frage: Wurde das Reglement angepasst, habe ich da was verpasst? Und ich glaube, es ist an dieser Stelle auch wichtig festzuhalten: Ich habe nichts gegen die PV-Anlage, ich finde es gut, ich halte es für richtig, dass man das macht. Aber ich sehe einfach ein wenig einen Widerspruch mit diesem Reglement. Vielleicht ging etwas an mir oder an uns vorbei?

Stephan Wolf, Präsident: Wem von den Gemeinderäten darf ich das Wort erteilen? Ich gebe es an Gemeindepräsident Franz Vogt.

Franz Vogt, Gemeindepräsident: Geschätzter Herr Präsident, geschätzter Urs, geschätzte Einwohnerinnen und Einwohner. Jawohl, das Gebäude am Rebhässli 8 hat eine auch vom Kanton bewilligte Solaranlage. Das liegt tatsächlich in der Schutzzone und auch das Nachbargebäude hat sogar eine Solaranlage auf Kulturdenkmäler. Es ist ein Ding im Geo View, wo man es sehen kann. Es ist so: Die Solaranlage wurde vom Kanton bewilligt, weil der Ortsbildpfleger Philippe Allemann einverstanden war. Die Gemeinde hat Einsprache erhoben, diese wurde aber im Bewilligungsverfahren, für welches der Kanton zuständig ist, nicht gestützt.

Stephan Wolf, Präsident: Das wär's? Waren das deine Ausführungen? Gut, dann die zweite Frage, Urs.

Urs Poživil, FDP-Fraktion: Merci für die Ausführungen. Die zweite Frage betrifft die Schulraumplanung. Es ist ein Thema, welches uns alle beschäftigt. Wir haben auch mal eine Sondervorlage verlangt oder hat der Einwohnerrat an der letzten Budgetsitzung verlangt, dass man etwas ausarbeitet. Was ist der Stand der Dinge? Wo steht es genau? Es wurden in jener Zeit auch diverse Gremien eingesetzt. Arbeiten sie noch, machen sie noch etwas? Einfach – was gibt es über die Schulraumplanung zu berichten? Das würde mich wundernehmen.

Stephan Wolf, Präsident: Da gebe ich das Wort sogleich an Gemeinderat Christoph Morat.

Christoph Morat, Gemeinderat: Herr Präsident, lieber Urs, liebe Anwesende. Die Schulraumplanung ist im Moment voll an der Arbeit. D. h. wir haben einen kleineren Ausschuss im Gemeinderat gebildet, bestehend aus der Ressortleiterin Kind und Familie Silvia Stucki, dem Gemeindepräsidenten Franz Vogt und von mir als Verantwortlicher für die Immobilien. Wir sassen nun am vergangenen Montag mit der Verwaltung zusammen und da wird jetzt die Vorlage fertig ausgearbeitet. Sie sollte am 21. Oktober im Büro liegen und wird vom Büro hoffentlich bald traktandiert, so, dass wir den nächsten Schritt machen können. Ich möchte bei dieser Gelegenheit vielleicht auch gleich ergänzen, es sind vier verschiedene politische Vorstösse aus dem Einwohnerrat gekommen. Wenn das in Ordnung ist, liebe Anja und – wer hat noch einen gestellt, jemand hat auch noch einen gestellt? – wo sich die Beantwortung dieser Vorstösse befinden; es ist geplant, sie zusammen mit der Schulraumplanung oder mit der Sondervorlage an den Einwohnerrat zu diesem Zeitpunkt dann auch dem Einwohnerrat vorzulegen. Das Ganze soll am 21. Oktober im Büro sein und wird dann hoffentlich traktandiert und liegt Ihnen noch in diesem Jahr vor.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Christoph Morat. Wir kommen zur Frage von Anja Oser, soweit sie bislang nicht beantwortet ist. Dann würde ich dir gerne das Wort erteilen.

Anja Oser, SP-Fraktion: Sie ist bereits beantwortet. Danke.

Stephan Wolf, Präsident: Sie ist schon beantwortet. Dann gehen wir weiter zu Christian Jucker. Ich möchte ihn bitten, seine Fragen zu formulieren.

Christian Jucker, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Sehr geehrter Rat, sehr geehrte Anwesende. Es geht um den Stand FEB-Reglement und den Tagesstrukturen, also eigentlich ein Teil, den wir damals mit der Schulraumplanung angeschaut haben. Im Dezember hat der Einwohnerrat die Budgetposition zum Schulhaus Gartenhof, Umbau Betreuungsraum für neue Nutzung gestrichen, weil aus unserer Sicht zwei verschiedene Dinge, die nichts miteinander zu tun haben, vermischt wurden. Die grundsätzlichen Probleme für die Tagesstruktur sind aber nach wie vor vorhanden. Also, die Betreuungsräume sind schlecht ausgelastet, es gibt Überkapazitäten, Kinder werden in privaten Einrichtungen subventioniert, obwohl die gemeindeeigenen Tagesstrukturen nicht voll ausgelastet sind. Die Tarife der bestehenden Tagesstrukturen sind nicht kostendeckend. Die Tarife weisen Inkonsistenzen auf und das kommunale FEB-Reglement entspricht nicht mehr den heutigen Bedürfnissen und Gegebenheiten. Wir wollten fragen: Wie ist jetzt der Stand der Arbeiten zu den Tagesstrukturen und auch zur Erneuerung des FEB-Reglements?

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Christian Jucker. Wem von den Gemeinderätinnen oder Gemeinderäten darf ich das Wort erteilen? Dann gebe ich Silvia Stucki das Wort.

Silvia Stucki, Gemeinderätin: Geschätzter Präsident, lieber Christian, liebe Anwesende. Du hast sechs Fragen eingereicht. Dafür danke ich dir. Allerdings hast du sie nun nicht ganz genau ausformuliert, aber das bekommen wir hin. Es ist allerdings, oder ich möchte darauf hinweisen, die sechs Fragen sind recht umfangreich und eigentlich ähneln sie eher einer Interpellation. Wir im Gemeinderat haben beschlossen, aus Kulanz und auch aufgrund der Brisanz, diese Fragen heute zu beantworten.

Zur Auslastung hast du selbst zuvor erwähnt, die Betreuungsräume seien schlecht ausgelastet. Dazu können wir Folgendes sagen: Die Tagesstrukturen sind ein durchgängig professionelles Betreuungsangebot, d. h. mit ausgebildetem Personal. Die sind offen von Mittag um 12 Uhr bis abends um 18 Uhr. Wenn die Kinder am Nachmittag in die Schule gehen, können die Betreuungsräume gar nicht ausgelastet sein, beispielsweise über den Mittag. Das ist überall so. Es hängt mit dem System zusammen. Doch selbstverständlich prüfen wir diese Frage im Zusammenhang mit der Revision des FEB-Reglements noch einmal.

Zur nächsten Frage wegen der Subventionierung, ob die Kinder in privaten Einrichtungen subventioniert werden statt in gemeindeeigenen. Es ist so: Wenn eine Anmeldung erfolgt, wird jeweils im Rahmen der Verhältnismässigkeit entsprechend abgeklärt, wo das Kind hinkommt. Dabei wird u. a. auch der Schulweg, vielleicht ein künftiger Schulweg, einbezogen, eben im Rahmen der Verhältnismässigkeit. Jetzt hat aber nicht jeder Schulstandort eine Tagesstruktur. Deshalb kann es auch zu Abweichungen kommen – kann.

Zu den Tarifstrukturen. Ja, die Tarifordnung der Gemeinde hat der Gemeinderat per 1. August tatsächlich angehoben, und zwar auf zehn Franken pro Betreuungsstunde. Dies entspricht den üblichen

Tarifen, so wie in anderen basellandschaftlichen Gemeinden. Und noch einmal zur Tarifordnung: Es wurde gesagt, es bestünden Inkonsistenzen. Spannend. Es wäre interessant zu wissen, aber wir können dies ja bilateral klären, woher sie kommen. Ich kann nur das sagen: Die aktuelle Tarifordnung weist nach Wissen und Gewissen des Gemeinderats keine Inkonsistenzen auf.

Zur Frage 5, FEB-Reglement. Ja, es ist richtig, es ist nicht mehr nach den heutigen Gegebenheiten und wir, wie erwähnt, haben die Arbeit wieder aufgenommen und werden es überarbeiten. Dabei kann ich schon mal vorgreifen, ich erlaube mir das. Es ist ja noch eine andere Frage, auch zum Stand des FEB-Reglements, von Einwohnerrat Flavio Fehr eingegangen. Wir sind aktuell wieder an der Überarbeitung des Reglements. Die Revision wurde im Kontext der Schulraumplanung sistiert. Seit dem Start der Legislatur sind wir wieder an dieser Arbeit dran.

In der Zwischenzeit ist allerdings zu erwähnen, dass sich die Welt weiterentwickelt hat. Ich spreche hier vom Kanton Basel-Stadt. Dieser hat ein umfangreiches, millionenschweres Massnahmenpaket zugunsten der familienergänzenden Kinderbetreuung verabschiedet, welches am 1. August 2024 in Kraft gesetzt wurde. Dieses Massnahmenpaket wird vermutlich auch Auswirkungen auf die Betreuungsangebote in Allschwil und anderen stadtnahen Gemeinden aus dem Baselland haben. Der Gemeinderat hat mögliche Auswirkungen bereits andiskutiert. Aber selbstverständlich haben wir es auf dem Radar, dass wir es uns auch überlegen. Ich gehe davon aus, dass der Gemeinderat dem Einwohnerrat im 2025 diesbezüglich eine Vorlage zur Beratung vorlegen kann. Allerdings ohne Gewähr auf diese Zeit, Sie wissen, manchmal dauern die politischen Prozesse dann trotzdem länger. Besten Dank.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Silvia Stucki. Dann würde ich gerne Flavio Fehr bitten, seine Frage zu formulieren, soweit sie nicht bereits beantwortet wurde.

Flavio Fehr, SP-Fraktion: Sie ist schon beantwortet, vielen Dank.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals. Wir kommen zu den Fragen von Hanna Kirchhofer. Ich möchte dich bitten, sie auszuformulieren.

Hanna Kirchhofer, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzter Rat. Ich habe zwei Fragen, und zwar auch zur Schulraumplanung. Ganz konkret geht es um die Schulraumprovisorien. Die erste Frage, kurzfristig, und zwar: Was ist in den nächsten sechs Monaten bezüglich der Schulraumprovisorien geplant? Ich habe vernommen, dass der Platz knapp ist. Wie sieht es kurzfristig aus? Ich formuliere vielleicht auch gleich die zweite Frage, damit man es gleich beantworten kann. Die Zweite heisst: Wie sieht es später auf das geplante Schuljahr nach den Sommerferien aus? Was ist geplant? Gibt es schon konkrete Standorte für Provisorien? Wann wird entschieden, wie es mit den Provisorien aussieht? Und, kommt eine entsprechende Vorlage auch in den Einwohnerrat, wenn es um Schulprovisorien geht? Danke.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Hanna Kirchhofer. Vielleicht das Mikrofon bitte noch abschalten, damit es keinen physikalischen Überschlag gibt. Ich gehe davon aus ... Ah, nein, diese Frage beantwortet Gemeinderat Christoph Morat gerne.

Christoph Morat, Gemeinderat: Liebe Hanna. Auch diese Frage können wir wie folgt beantworten: In der vergangenen Zeit haben wir für Schulraum gesorgt, indem wir im Neuallschwil Schulhaus und im Gartenstrasse-Schulhaus gewisse Verdichtungsmassnahmen getroffen haben. Diese liefen vor allem während der Sommerferien. Auf diese Weise hatte jedes Kind zum Schulbeginn nach den Ferien einen trockenen, schattigen Schulplatz. Es ist nicht geplant, zeitnah überhaupt Provisorien zu bauen. Es ist auch nicht geplant, dem Einwohnerrat eine Sondervorlage über Schulprovisorien vorzulegen. Wir arbeiten im ständigen Austausch mit der Schulleitung. Und die Schulleitung hat uns ihre Bedürfnisse bekannt gegeben. Es waren fünf Klassenzimmer, die sie auf das Schuljahr 2024/25 benötigten, welches ja im vergangenen August gestartet ist. Und sie benötigen ein weiteres Klassenzimmer für das Schuljahr 2025/26. Dieses bringen wir auch noch im Schulhaus Neuallschwil unter. Somit gibt es im Moment, Stand heute – ausdrücklich gesagt – keine Anträge, zumindest sind sie uns nicht bekannt.

Ich würde noch gerne wissen, wer solche Dinge in die Fraktionen streut. Also dem Gemeinderat ist nicht bekannt, dass noch weitere Raumbedürfnisse seitens Schule vorhanden sind. Somit können wir auch den Einwohnerrat beruhigen, es benötigt im Augenblick keine Sondervorlage. Das ist der Stand heute. Es kann sich immer wieder ändern, je nachdem, wie viele Familien noch in Allschwil zuziehen. Wir rechnen aber damit, dass wir nächsten Sommer eigentlich mit den bestehenden Schulhausbauten

und einer letzten Verdichtungsaktion, die wir noch vornehmen können, es auch fertigbringen, damit auch jene Kinder, die dann im nächsten Jahr noch kommen, auch ihren Schulplatz haben. Ich hoffe, dass ich alles beantwortet habe? Genau.

Stephan Wolf, Präsident: Gut, dann fragen wir Hanna Kirchhofer an, ob alles beantwortet ist.

Hanna Kirchhofer, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Vielen Dank!

Stephan Wolf, Präsident: Gut, wir kommen zur Frage oder zu den Fragen von Martin Imoberdorf. Ich möchte dich gerne bitten, deine Fragen zu formulieren.

Martin Imoberdorf, SP-Fraktion: Ich habe zwei Fragen. Bei der Ersten geht es um private Spitex-Organisationen. Man konnte der Presse in einigen Publikationen entnehmen, dass es eigentlich einen regelrechten Boom gibt. Es hat auch damit zu tun, dass Angehörige für die Pflege von Familienmitgliedern entschädigt werden können und das häufig über private Spitex-Organisationen läuft, welche auch mitprofitieren. In diesem Zusammenhang würde mich interessieren, wie die Entwicklung von Fällen und Kosten in Allschwil aussieht, soweit man es bekannt geben kann, und wer für die Qualitätssicherung zuständig ist. Dies wäre mal die erste Frage.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals. Ich erteile das Wort an Gemeinderat Philippe Hofmann.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzte Einwohnerräte, lieber Martin. Danke vielmals für diese Fragen. Ich habe auf beide eine vorliegende Antwort. Zuerst zu den vorhandenen Kosten. Ich kann sie zurück dividieren ins Jahr 2019. 2019 belaufen sie sich auf 237'417 Franken. Ich werde jetzt jährlich bis 2023 ergänzen, um die Entwicklung darlegen zu können. 2020 sind wir bei 429'857, ein Jahr später bei 434'150, ein weiteres Jahr später 515'089 Franken und im 2023 bei 620'232. Das ist plus/minus rund in etwa eine Verdreifachung in den Jahren, in denen es dokumentiert ist. Tendenz weiter steigend. Das sind, wie ich erwähnt habe, die Restkosten im Bereich der Spitex, welche die Gemeinden übernehmen müssen. Was wir aber nicht wissen, ist, wie viele pflegende Angehörige auch angestellt arbeiten. Denn dafür haben wir schlichtweg keine Angaben auf den eingereichten Abrechnungsformularen, die fehlen darauf. Wir sehen das nicht. Wir können auch nicht sagen, wie viele es sind, denn wir sehen es so nicht. Dafür müssten wir alle Belege aus den letzten Jahren durchschauen. Das sind tausende Belege, um es eruieren zu wollen. Diese Zahl ist schlichtweg nicht vorhanden und wurde in der Vergangenheit auch nicht erfasst. Was wir aber sagen können, ist, dass die Entwicklung, die stattfindet, auch ganz klar in Korrelation mit unserer Strategie steht, mit der wir sagen ambulant vor stationär.

Dann Frage zwei hinsichtlich Qualitätssicherung. Dabei ist klar, für die Privaten, die eigentlich keine Leistungsvereinbarung haben, ist die VGD, also Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion zuständig. Für alle anderen ist auch das VGD zuständig. Ich hoffe, die Fragen sind damit beantwortet. Danke vielmals.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals. Gibt es noch weitere Fragen, Martin Imoberdorf? Dann gebe ich dir noch das Wort.

Martin Imoberdorf, SP-Fraktion: Ja, gerne. Danke schön für die Beantwortung. Die zweite Frage betrifft ein Postulat, welches ich vor längerer Zeit eingegeben habe, Nr. 4632, Kultur im öffentlichen Raum, Begegnungsangebot auf Sitzbänken. Es wurde schon einmal zurückgemeldet, dass es zwar wenig zu tun gäbe, aber halt mit den Aufwänden, die man mit der Schulraumplanung hat, im Moment zurückgestellt sei. Ich denke, es wäre nun auf den Winter hin ist es ein Thema, welches vielleicht durchaus noch einmal aufgenommen werden könnte. Ich möchte einfach auch fragen, wie der Stand ist, ob es Neuigkeiten gibt.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals. Dazu kann ich das Wort Gemeinderat Christoph Morat übergeben.

Christoph Morat, Gemeinderat: Lieber Martin. Ich musste noch einmal in den Protokollen des Einwohnerrats nachschauen. Tatsächlich hast du dich im Januar schon einmal in der Fragestunde, in der ersten Fragestunde dieses Jahres noch einmal erkundigt. Kollege Robi Vogt sagte, wir hätten es auf die Seite legen müssen, wegen der Schulraumplanung und wegen anderen Projekten. Leider kann ich dir immer noch keine bessere Antwort geben. Ich verspreche aber ganz fest, dass ich mich bereits am nächsten Jour fixe mit Adrian Landmesser dafür einsetzen werde, dass es wieder aufs Tapet kommt

und wir vorwärtsmachen, damit wir es mal zur Beantwortung in den Einwohnerrat zurückspielen können. Ich nehme es gerne noch einmal mit. Ich entschuldige mich für die lange Bearbeitung, aber es gibt tatsächlich viele grosse Projekte, in die der Bereich BRU eingespannt ist. Das soll nicht als Entschuldigung gelten, aber man muss ein wenig priorisieren. Ansonsten müssten wir den Bestand der Leute massiv aufdrehen. Das macht auch nicht so viel Freude.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals. Gibt es noch weitere Fragen von Martin Imoberdorf? Das ist nicht der Fall. So möchte ich nun René Amstutz bitten, seine Frage zu formulieren.

René Amstutz, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Besten Dank. Liebe Anwesende. Es geht um invasiv gebietsfremde Arten. Invasiv gebietsfremde Arten können ökologische, ökonomische und gesundheitliche Schäden verursachen. Auf Bundesebene haben wir die Freisetzungsverordnung, diese wurde auf 1.9.2024 angepasst, damit keine zusätzlichen invasiv gebietsfremde Arten in die Umwelt gelangen und sich dort ausbreiten können. D. h. unter anderem seit 1. September 2024 dürfen gewisse invasiv gebietsfremde Arten nicht mehr in Verkehr gebracht werden. U. a. Kirschlorbeer und verschiedene Jungfernreben. Am Wochenende lief ich der Gartenstrasse entlang und beim Schulhaus habe ich festgestellt, dass kürzlich solche Jungfernreben gepflanzt wurden. Frage an die Gemeinde: Hat die Gemeinde vor, auf ihren Liegenschaften und im öffentlichen Raum ab jetzt keine Pflanzen mehr zu pflanzen oder zu pflegen, welche im Anhang 1 und 2 dieser Freisetzungsverordnung aufgelistet sind, und bestehende Bestände zu ersetzen? Dies im Sinn von «die Gemeinde handelt vorbildlich». Das ist meine Frage.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals. Wem darf ich das Wort aus dem Gemeinderat erteilen? Dann gebe ich das Wort an Biljana Grasarevic.

Biljana Grasarevic, Gemeinderätin: Vielen Dank. Geschätzter Präsident, geschätzter René, liebe Anwesende. Danke, René, für deine Frage. Konkret zu diesen beschriebenen Jungfernreben, die du gesehen hast, kann ich dir im Moment keine Antwort geben. Ich werde das aber bestimmt abklären und dir Rückmeldung geben. Was ich sagen kann: Ja, wir halten uns an die Gesetzgebung und pflanzen keine Baumsträucher, welche in dieser Freisetzungsverordnung gelistet sind. Die Regiebetriebe sind angewiesen, die Anpassungen dieser Verordnung zu berücksichtigen und die aufkommenden invasiven Arten zu bekämpfen und die gepflanzten Bestände sukzessive zu ersetzen. Was aber zu erwähnen ist: Eine gesetzliche Entfernungspflicht besteht nicht. Falls das aber auch politisch gewünscht ist, werden wir dies jedoch tun. Es ist einfach zu beachten, dass das Geld benötigt. Besten Dank.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals. René, hast du noch weitere Fragen? Das ist nicht der Fall. Dann frage ich den Rat ganz allgemein an: Gibt es noch Fragen für die Fragestunde? Ich gebe das Wort an Matthias Häuptli.

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Eine kurze Frage zum Kindergarten Metzgersmatte. Wir haben in diesem Jahr im Budget Geld für einen Wettbewerb, um das Vorprojekt zu beginnen, eingestellt. Nach meinem Kenntnisstand hat der Wettbewerb bis jetzt nicht stattgefunden. Was ist der Stand oder wo harzt es? Danke schön.

Stephan Wolf, Präsident: Wer vom Gemeinderat nimmt sich dieser Frage an? Ich gebe das Wort an Christoph Morat.

Christoph Morat, Gemeinderat: Herr Präsident, geschätzte Anwesende, lieber Matthias. Den Kindergarten Metzgersmatte haben wir noch einmal einer eingehenden Prüfung unterzogen. Uns ist bisher nicht klar, ob wir dort nicht eine einfachere Vorlage, die dem Submissionsgesetz entspricht, anstelle eines Architekturwettbewerbs, machen. Denn das, was verlangt wird, ist eigentlich sehr klar. Die Raumaufteilung ist klar, was benötigt wird, ist klar, und der Platz ist auch klar. Insofern haben wir es noch einmal kritisch hinterfragt, um Zeit und Kosten zu sparen. Wir werden demnächst von der Verwaltung eine Vorlage in den Gemeinderat erhalten, wenn die Gegenüberstellung vorliegt. Dann werden wir entscheiden, wie es weitergeht. Und selbstverständlich auch den Einwohnerrat wieder informieren, wie es mit dem Metzgersmatten Kindergarten weitergeht.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals. Gibt es weitere Fragen? Wenn das nicht der Fall ist und so sieht es aus, würden wir mit der Traktandenliste weiterfahren und kommen zu Traktandum 4.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 4

Interpellation von Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion, vom 16.10.2019,
betreffend Klassenbäume

Geschäftsvertretung: GP Franz Vogt, Geschäft 4490 / A

Stephan Wolf, Präsident: Die Rednerreihenfolge würde gemäss § 75 des Geschäftsreglements des Einwohnerrats derart aussehen, dass zuerst der Interpellant, resp. Jetzt natürlich sein Nachfolger innerhalb der SP-Fraktion das Wort erhält. Danach Gemeindepräsident Franz Vogt und danach werden die anderen Redner Gelegenheit erhalten. Jetzt möchte die SP-Fraktion beginnen, wer sagt etwas dazu? Gerne gebe ich Lucca Schulz das Wort.

Lucca Schulz, SP-Fraktion: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Anwesende. Ich darf hier für Jean-Jacques Winter die Interpellation vertreten. Die Interpellation wurde im Oktober 2019 eingereicht. Das sind jetzt dann bald fünf Jahre. Man muss zuerst mal formell festhalten, dass der Gemeinderat laut Geschäftsreglement dazu verpflichtet gewesen wäre, in der Regel innerhalb der übernächsten Sitzung zu antworten. Es ist klar, es gab Besprechungen mit dem Interpellanten und auch mit dem ursprünglichen Postulanten. Doch eine Verzögerung von fünf Jahren vermag es anhand von nur zwei Besprechungen nicht zu begründen. Ich hoffe ganz generell, dass der Gemeinderat dies in Zukunft unterlässt und auf die Interpellationen möglichst schnell antwortet, so wie er es eigentlich müsste.

Inhaltlich zu dieser Interpellation resp. zu dieser Thematik geht es um eine eigentlich wunderbare Idee. Nämlich, dass jede Primarschulklasse während der Primarschulzeit einen Baum pflanzt. Die Idee dahinter ist, dass die Baumpflanzung zu einer Verbindung und Identifikation mit der Gemeinde, mit dem Gemeindegebiet oder auch mit dem Wald führt und eine Art Anker ist, wobei die betroffenen Personen auch später wieder zurückkehren können oder wo sie sich auch bei Klassentreffen begegnen können. Weil es eine so schöne Idee ist, hatte der Einwohnerrat in den 80er Jahren dieses Postulat von Herrn Ribi überwiesen. Die Gemeinde hatte den Auftrag gefasst und das Postulat zuerst auch jahrelang umgesetzt, wenn auch auf unterschiedliche Arten und Weisen.

Nun ist es aber so, dass man ca. im Jahr 2009 es schlichtweg vergessen hatte oder sich weigerte, den Auftrag des Einwohnerrats umzusetzen. Bei der jetzigen Antwort des Gemeinderats, die nun auch wieder fünf Jahre Zeit benötigte, nachdem er darauf hingewiesen wurde, dass er zehn Jahre lang vergessen hat, den Auftrag zu erfüllen, ist es so, dass eigentlich festgehalten wird, dass diese Aufgabe keine Kernaufgabe der Gemeinde sei und es Ressourcen kosten würde. Das stimmt natürlich, jede Aufgabe der Gemeinde kostet Ressourcen. Das ist eine Binsenweisheit. Die Frage ist aber, ob der Zweck die eingesetzten Ressourcen rechtfertigt. Das ist vorliegend klar der Fall. Das hatte auch der Einwohnerrat in den 80er Jahren so gesehen. Ich vermute auch, dass sich die Meinung nicht geändert hat. Deshalb ist es sehr schade, dass man es so lange schleifen liess. Auch wenn es keine Kernaufgabe ist, müsste diese Aufgabe umgesetzt werden. Es ist erfreulich, dass der Gemeinderat in der Beantwortung zur Interpellation nun zum Schluss kommt, dass man einen neuen Anlauf nehmen sollte. Es ist schwer zu hoffen, dass dies jetzt auch schnell geschieht und nicht wieder viele Jahre ins Land ziehen.

Dass man nun von den Klassenbäumen zu den Jahrgangsbäumen wechselt, ist nach Rücksprache mit dem Interpellanten und dem Postulanten soweit verständlich und verhältnismässig, auch wenn natürlich die Identifikation der Menschen schwinden dürfte. Aber damit kann man grundsätzlich leben. Mit der grundsätzlichen Antwort bin ich zufrieden, ich kann dies auch vom Interpellanten und Postulanten weiterleiten. Wir erhoffen oder erwarten nun einfach eine schnelle und konkrete Umsetzung. Ich erwarte auch von den folgenden vier Fragen noch konkrete Antworten von Herrn Gemeindepräsident:

1. Es wird in der Interpellation von einer Liste der gepflanzten Bäume gesprochen. Diese Liste hatte man bereits im 2008 von Gemeinderat Robert Vogt in Aussicht gestellt erhalten. Nun, offensichtlich wurde diese Liste im 2008 nicht erstellt. Wie kann ich davon ausgehen, dass man sie dieses Mal erstellt oder man sie wieder nicht anfertigt?
2. Wer ist denn nun für die Durchführung verantwortlich, wer konkret? Und wer kümmert sich darum?

3. Kann ich davon ausgehen, dass, wenn man schreibt, dass man im Oktober/November beginnt, dass das in diesem Jahr ist, also in zwei Monaten? Also in einem Monat, ein bis zwei Monaten.
4. Es wird von einer Baumkarte von bereits gepflanzten Bäumen gesprochen. Das wäre natürlich extrem sinnvoll. Dazu frage ich auch: Wer macht das und wann wird es gemacht? Denn es liegt in der Natur der Sache, dass das Wissen über die gepflanzten Bäume in den nächsten Jahren leider verloren gehen wird. Deshalb die eben die Frage, wann es gemacht wird. Besten Dank.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Lucca Schulz. Ich übergebe das Wort an Gemeindepräsident Franz Vogt.

Franz Vogt, Gemeindepräsident: Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, lieber Lucca. Ich entschuldige mich hier in aller Form für diese Verzögerung. Wirklich entschuldigen lässt sie sich ja nicht, ist aber nun eingetreten. Wir geben uns Mühe, dass wir solche nicht mehr haben werden. Sie haben die Interpellation gelesen. Die Aktion ging tatsächlich vergessen. Offenbar waren Zuständigkeiten und Schnittstellen nicht klar, und die Aktion, wie es Lucca beschrieben hat, eingeschlafen. Leider ist auch die Standortliste der Bäume nicht mehr auffindbar. Diese muss erst rekonstruiert werden. Sollte die Datenaufbereitung gelingen, werden die Bäume neu beschriftet. Grundsätzlich meinte ich, dass es möglich sein müsste. Das hat Lucca gesagt, dass man neu sog. Jahrgangsklassenbäume setzt. Wie in der Antwort geschrieben, werden sie beidseitig der Fusswege auf dem Ziegelei-Areal gesetzt und mit einer Plakette beschriftet.

Der ideale Zeitpunkt, auch dies wurde bereits erwähnt, liegt zwischen Oktober und November. Es ist einfach so, dass es dann nicht mehr so heiss ist, der Boden an den Bäumen nicht mehr austrocknet und die Wurzeln immer Feuchtigkeit haben und den ganzen Winter Zeit haben anzuwachsen. Grundsätzlich ist es – gut, du hast das nicht gefragt, aber da ich in gewisser Hinsicht Fachmann bin ... – grundsätzlich ist es auch im Frühling möglich, aber da wird es schneller wieder heiss und der Baum hat keine Zeit anzuwachsen. Die besten Erfolge hat man im Oktober und November. Am ausgewählten Tag werden die ersten Primarklassen zusammen mit den Mitarbeitern der Regiebetriebe und dem Forst die Aktion durchführen.

Nun zu den „wichtigen“ Antworten. Daran ist es offenbar gescheitert. Die Regiebetriebe werden es organisieren und für die Durchführung verantwortlich sein. Bei den Regiebetrieben wird ein sog. Kümmerer benannt werden, der verantwortlich ist, damit der Anlass durchgeführt wird. Hoffentlich natürlich nicht nur in einem Jahr. Wir beginnen natürlich in diesem Jahr. Das Rahmenprogramm wird schlank gehalten. Es werden Markus Lack oder Peter Gall etwas über die Bäume zu den Schülern referieren. Adrian Landmesser oder ich werden auch zugegen sein. Die Schule müsste dafür besorgt sein, dass die Kinder zum abgemachten Zeitpunkt vor Ort sind und wieder zurückkehren. Es wurde mir zugesichert, dass die Schulleitung es sehr gerne organisiert. Aber, damit es klar gesagt ist, verantwortlich ist nicht die Schulleitung, sondern die Regiebetriebe. Unser „Kümmerer“ wird mit der Schulleitung rechtzeitig Kontakt aufnehmen.

Nun zu deinen Fragen. Wie zuvor erwähnt, wir versuchen, die Liste der gepflanzten Bäume zu rekonstruieren. Dafür wäre auch der genannte „Kümmerer“ der Regiebetriebe verantwortlich. Er wird halt bei den Schulen oder dort, wo halt solche Informationen vorliegen, nachfragen müssen. Hat man wirklich die Informationen zusammentragen können, werden wir natürlich eine Liste erstellen. Wer sich kümmert, ist klar, das ist ein benannter Mitarbeiter der Regiebetriebe. Wir beginnen natürlich in diesem Jahr und ja, es wird auch eine Liste der neu gepflanzten Bäume geben, zusammen mit jenen, die wir noch herausfinden. Das wären meine Ausführungen.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Franz Vogt. Auch wenn der Interpellant zuvor schon angedeutet hat, dass er mit der Antwort zufrieden ist, möchte ich formell trotzdem noch anfragen, ob die Antwort für ihn zufriedenstellend ist. Dann gebe ich sogleich Lucca Schulz das Wort.

Lucca Schulz, SP-Fraktion: Sehr geehrter Präsident, geschätzte Anwesende. Ja, sie ist grundsätzlich zufriedenstellend. Der Gemeinderat ist sich hoffentlich bewusst, dass er nun auch darauf behaftet wird, dass es im Oktober beginnen sollte. Betreffend die Listen mit den gepflanzten Bäumen bin ich mal so frei und verweise, wenn man vielleicht noch Informationen benötigt, auf den ursprünglichen Interpellanten, der hier hinten sitzt. Vielleicht kann der entsprechende Mitarbeiter der Regiebetriebe auf ihn zugehen. Vielleicht hat er noch Wissen über die gepflanzten Bäume und Standorte. Dann hoffe

ich, dass auch die Karte und die Liste nicht versendet. Sodass wir dazu nicht noch einmal eine Interpellation einreichen müssen. Besten Dank.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals. Laut § 50 Abs. 4 der Geschäftsordnung ist nun eine Diskussion vorgesehen, es sei denn, jemand würde einen Gegenantrag stellen. Das ist nicht der Fall. So kämen nun die Fraktionssprecherinnen und -sprecher und danach der Gesamteinwohnerrat zum Zug. Ich möchte den 1. Vizepräsidenten bitten, die entsprechende Wortmeldungsliste zu führen.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Steht allfällig eine Wortmeldung im Raum? Keine Wortmeldung!

Stephan Wolf, Präsident: Keine Wortmeldung, dann ist die Rednerliste bereits jetzt erschöpft. Die **Interpellation** gilt damit als **beantwortet und als erledigt abgeschrieben**. Für Interpellationen sieht unser Geschäftsreglement **keine Abstimmung** vor. Ich gehe weiter zu Traktandum 5.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 5

Interpellation von Christian Jucker, GLP, vom 24.3.2024, betreffend
Wärmeversorgung und erneuerbare Energie im Dorfkern Allschwil
Geschäftsvertretung: GR Biljana Grasarevic, Geschäft 4727 / A

Stephan Wolf, Präsident: Die Reihenfolge sieht wieder so aus, dass zuerst der Interpellant, Christian Jucker, das Wort erhält und anschliessend Gemeinderätin Biljana Grasarevic. In diesem Sinne möchte ich nun gerne Christian Jucker das Wort erteilen.

Christian Jucker, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich würde das Wort gerne zuerst der Gemeinderätin Biljana übergeben.

Stephan Wolf, Präsident: Das können wir tun. Ich gebe das Wort an Gemeinderätin Biljana Grasarevic.

Biljana Grasarevic, Gemeinderätin: Vielen Dank. Herr geschätzter Präsident, geschätzter Einwohnerrat, geschätzter Christian. Die Beantwortung der Fragen der Interpellation liegt Ihnen vor. Ich habe die Reihenfolge nicht ganz verstanden, aber ich hatte vor, zu den einzelnen Fragen zusammenzufassen, was die Antwort war. Zu Frage 1: Es geht um die Fernwärmeversorgung des Dorfkerns. Wie Sie gelesen haben, sind wir mit der Primeo in Planung, eine Heizzentrale beim Werkhof zu errichten. Das Ziel ist, das Gewerbegebiet Bachgraben und auch die Wohnquartiere Richtung Allschwil Dorf mit dem Fernwärmesystem und erneuerbaren Energien zu versorgen. Das erklärte Ziel des Gemeinderats ist, dass auch das Schulhaus der Gemeinde mit erneuerbarer Energie versorgt wird.

Zu Frage 2, «Was geschieht bis zum 1.1.26, falls kein solches Angebot besteht?» Die geplante Heizzentrale beim Werkhof wird frühestens 2027 in Betrieb genommen. Nach heutigem Stand wird erst ab 2030 ein Fernwärmeanschluss möglich sein. Wie erwähnt, Hauseigentümer*innen, die sich für einen solchen Anschluss interessieren, können bereits heute eine unverbindliche Anfrage stellen. Was ich einfach noch ergänzen möchte: Das sollte möglich sein, sobald die Baubewilligung für diese Heizzentrale vorliegt. Die Verantwortung liegt bei den Eigentümerinnen und Eigentümern von älteren, fossilen Heizungen, es frühzeitig zu erkennen oder sich frühzeitig davon zu trennen. Wie erwähnt, man kann frühzeitig eine solche Anfrage stellen.

Zu Frage 3, ob es eine Zusicherung oder Ausnahmegewilligung als Übergangslösung geben wird: Die Gemeinde selbst hat keine Kompetenz, Fristerstreckungen und Ausnahmegewilligungen zu gewähren. Diese müssen gemäss dem Dekret beim Kanton eingereicht werden. Sie werden genehmigt, falls vertraglich eine Anschlussabsicht besteht.

Zu Frage 4. Es geht um die Koordination der anstehenden Bauarbeiten. Selbstverständlich werden wir das tun. Ich habe zuvor von Christian noch vernommen, dass er da wegen des Dorfkerns nicht ganz zufrieden ist. Dazu möchte ich noch Folgendes ergänzen: Wir haben das Problem mit den Hausbesitzerinnen und Hausbesitzern im Dorfkern erkannt, sonst könnten wir eben heute nicht einen Wärmeverbundperimeter darstellen, der bis zum Dorfkern reicht. Allerdings ist es falsch zu meinen, dass die ganze Verantwortung beim Gemeinderat liegt, und der Gemeinderat für jede Eigentümerin und jeden

Eigentümer eine Lösung bieten muss. Der Ausstieg aus der fossilen Wärmeversorgung stellt nicht nur die Eigentümerschaft des Dorfkerns oder im Dorfkern vor Herausforderungen. Wir haben natürlich auch noch andere Quartiere. Auch dort müssen sich die Eigentümerinnen und Eigentümer mit Lösungsmöglichkeiten auseinandersetzen. Ich werde sehr gerne die Bedenken oder das zuvor erwähnte Problem aufnehmen. Besten Dank.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Biljana. Dann möchte ich das Wort dem Interpellanten, Christian Jucker übergeben und ihn gleichzeitig bitten mitzuteilen, ob er mit der Beantwortung soweit zufrieden ist.

Christian Jucker, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Danke schön, Biljana, für die ausführliche Antwort. Ich glaube, Hintergrund dieser Anfrage ist einfach wirklich, wir haben einen geschützten Dorfkern, in welchem es sehr schwierig ist, irgendwelche baulichen Änderungen anzubringen. Im Speziellen ist das der Ersatz einer Gasheizung, die sehr wenig Platz benötigt und mehr oder weniger einen Kamin. Mit allen anderen Heizmethoden sehr aufwendig und im Rahmen der jetzigen Schutzvorgaben fast nicht zu stemmen. Für dort wäre eben eine Fernwärme eine ausgezeichnete Lösung. Damit kommen wir zur Antwort auf die Frage 2. Die beiden Perimeter decken sich nicht. Ich glaube, wir hatten dies zuvor schon diskutiert. Das ist der Perimeter Fernwärme deckt nicht den Dorfkern ab. D. h. es wird etwa ein Drittel des Dorfkerns nicht anzuschliessen sein. D. h. die müssen eine Lösung finden, die entweder denkmaltechnisch funktioniert ... Wir haben gesehen, dass es offensichtlich möglich ist, eine PV-Anlage zu montieren, vielleicht ist es dann auch möglich, einen Luftwärmetauscher oder etwas aufzustellen, aber grundsätzlich haben wir sehr viele Restriktionen. Deshalb haben wir diese Interpellation eingereicht, um die Gemeinde auch zu motivieren, einerseits auf den Kanton loszugehen und zu versuchen herauszufinden, wie gross eigentlich der Spielraum ist. Sei es einerseits in der Zeitgebung, wir haben nun diese Diskrepanz von 2026 bis 2030, in der wir über vier Jahre haben, in denen die Leute im Dorf vielleicht die versprochene Fernwärme erhalten. Normalerweise zieht es sich dann noch um ein, zwei Jahre hinaus. Also, wie können wir dort für jene, die einen potenziellen Anschluss haben, diese Überbrückung vornehmen? Und andererseits, wie ist es mit jenen, die ausserhalb des Perimeters sind? Lässt sich der Perimeter der Fernwärme mit der Primeo vielleicht noch erweitern, damit auch jener Teil, der in der Schutzzone und nicht in diesem Perimeter liegt, potenziell anschliessen, oder welche Möglichkeiten haben wir dort?

Ich finde, die Antwort der Gemeinde steht ja dann so in der Interpellation, es liegt in der Verantwortung der Eigentümerinnen und Eigentümer, und dann kommt alles möglich, das entsprechend abzulösen. Natürlich stimmt das juristisch, aber ich finde, die Gemeinde sollte sich da etwas mehr in der Verantwortung fühlen, weil uns allen ja etwas am Dorfkern liegt. Wir möchten ihn auch entsprechend bewahren und nicht an jedem Haus eine Speziallösung betreffend Wärmepumpe oder Ähnliches montieren. Betreffend das Dekret, wir wissen auch nicht genau, wie sich die ganze Sache entwickeln wird. Ich denke aber nicht, dass jeder Hauseigentümer alleine den Rechtsweg durchgehen müsste und entsprechend beschreiten und mit dem Kanton alle einzeln machen. D. h. da halte ich die Antwort für etwas dünn, ich glaube aber, es ist mal ein erster Schritt. Wir werden entsprechend auch weiterschauen, wie weitergegangen wird.

Deshalb stellen sich für uns eigentlich diese Fragen, die bereits in der Interpellation drin waren: Wurde das Problem im Gesamtgemeinderat wirklich verstanden? Denn die eine Antwort ist schon ein wenig abwertend, der Eigentümer ist verpflichtet, das Problem zu lösen. Nach unserer Meinung ist er sicher verpflichtet, es zu lösen, er ist an den Finanzen verpflichtet, aber die Gemeinde hat auch eine wichtige Rolle inne. Deshalb denken wir, wir werden uns überlegen, wie wir es mit einer Motion oder einem Postulat weiterziehen können, damit die Gemeinde aktiver auf den Kanton losgehen kann, wie man die Zwischenzeit regelt und wie man Ausnahmeregelungen handhaben kann. Grundsätzlich bin ich zufrieden mit der jetzigen Antwort der Interpellation und würde sie mit weiteren Vorstössen verfeinern. Danke schön.

Stephan Wolf, Präsident: Danke auch, Christian Jucker. Möchte Gemeinderätin Biljana Grasarevic noch etwas sagen? Muss nicht, aber bitteschön, ich gebe dir das Wort.

Biljana Grasarevic, Gemeinderätin: Geschätzter Präsident, geschätzter Einwohnerrat, liebe Anwesende. Danke, Christian, für deine Ausführungen, die ich sehr gerne mitnehme. Vor allem die wichtige Rolle auch in Bezug auf den Kanton. Das nehme ich gerne entgegen. Zum Perimeter wollte ich einfach noch etwas sagen, auch wenn es keine Frage war: Das ist der Stand heute, also im Bereich Dorfkern. Der Gemeinderat ist erst einmal auch froh, dass wir die Primeo dazu bringen konnten, den Verbund bis zum Schulhaus und in den Dorfkern zu entwickeln. Dies eben ist der Zusatz nach

heutigem Kenntnis- und Planungsstand. Aus Erfahrung aus anderen Verbundperimetern zeigt sich, dass die Grenzlinie immer wieder verschoben werden oder sich verschieben, und die Gemeinde bleibt natürlich mit der Primeo in regem Austausch und wird sich auch für eine Erweiterung einsetzen. Besten Dank.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals. Auch hier sieht unsere Geschäftsordnung vor, dass eine allgemeine Diskussion stattfindet, sofern nicht ein Gegenantrag gestellt wird. In diesem Sinne frage ich den Rat an: Wird ein Gegenantrag gestellt? Das ist nicht der Fall. Dann würde nun die weitere Rednerliste so aussehen, dass wiederum zuerst die Fraktionssprecherinnen und -sprecher an der Reihe wären, anschliessend der Gesamteinwohnerrat. Ich möchte den 1. Vizepräsidenten bitten, in diesem Sinne, die Rednerliste zu führen.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Gibt es allfällige Wortmeldungen seitens Fraktionssprecher? Herr Florian Spiegel!

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Besten Dank. Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Lieber Christian, besten Dank für die Interpellation. Ich war sehr erfreut, als ich sie gesehen habe, als sie eingegeben wurde. Ich fand sie super, weil so genau in die richtige Richtung, und mir erspart, eine ähnliche aufzugreifen. Dass du nun gleich noch den Bogen geschlossen hast zu Richtung Motion und Postulat, finde ich auch gleich noch super. Denn genau das ist das Thema, welches man bewirtschaften muss. Wir haben das Energiegesetz angenommen, wir haben andere Richtlinien angepasst und man hat überall auf die Umstellung zu erneuerbaren Energien gedrückt. Jetzt ist es nichts anderes als konsequent, wenn das in dieser absoluten Bestimmung so umgesetzt werden soll, dass die Gemeinden und Kantone die Bürger nun nicht einfach draussen stehen lassen kann, so nach dem Motto, jetzt haben wir es eingeführt, und jetzt sollen die mal schauen, wie sie es machen wollen.

Das ist genau das, was Christian zuvor angesprochen hat. Wir haben ganz viele Fälle, in denen es für die Betroffenen wahnsinnig schwierig ist, aufgrund von kantonalen und Gemeindegesetzgebungen, Dinge umzusetzen, aber auch ganz einfach aufgrund schlichtweg technisch, physikalischer Möglichkeiten umzusetzen. Jetzt kann sich hier die Gemeinde wie auch der Kanton wie auch generell der ganze Staatsapparat nicht zurücklehnen und sagen, wir haben das Gesetz durch, jetzt sollen einfach alle Eigentümer, seien es Einfamilienhäuser, Mehrfamilienhäuser zu sich selbst schauen. Wenn wir ganz ehrlich sind, es müsste genau gleich sein wie zuvor, ob es jetzt erneuerbare oder nicht erneuerbare Energien sind, ein Eigentümer müsste die Möglichkeit haben, um entweder selbst zu entscheiden, ob er autonom oder autark unterwegs sein soll, oder er muss die Möglichkeit haben, sich beim Staat weiterhin anzuschliessen, wie es früher mit der Gasversorgung der Fall war. Das ist die Aufgabe, die der Staat jetzt zu erledigen hat. Er kann nicht einfach nur Gesetze erlassen, sondern er muss auch schauen, wie sie für den Bürger verträglich umsetzbar sind. Diese Interpellation zeigt es nämlich genau auf, das ist der Punkt, an dem wir nun arbeiten müssen, wie es gelöst werden soll. Denn sonst kann man zwar ein Gesetz einführen, wird aber schlussendlich keinen Schritt weiterkommen. Oder wir haben nachher nichts anderes als Rechtsauseinandersetzungen, wer jetzt genau wofür aufkommen muss. Deshalb ganz grosses Danke schön. Ich finde es absolut richtig und von unserer Seite ist absolut Hand gegeben, wird Unterstützung geboten.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Besten Dank, Herr Spiegel. Allfällige, weitere Wortmeldungen seitens Fraktionssprecher? – Entschuldigung, Frau Neuhaus, Sie haben das Wort.

Laura Neuhaus, FDP-Fraktion: Vielleicht eher als Nachtrag. Ich meine, es ist nun sehr viel gesagt worden. Ich würde dem so, wie es gesagt wurde, auch zustimmen. Einfach vielleicht auch noch zum Bedenken, dass das Ganze nicht nur rechtlich und technisch betrachtet wird, sondern dass es nachher auch einzelne Menschen sind. Wie ich aus der Erfahrung mitbekommen habe, ist jeder Mensch ein wenig anders und jeder Mensch hat andere Fähigkeiten, um gewisse Probleme zu lösen oder nicht zu lösen. Für gewisse Leute ist es vielleicht klar, wo sie sich melden und was sie unternehmen müssen, was ihre Pflichten sind. Andere Leute wissen das vielleicht einfach nicht. Dass man wirklich auch von der Gemeinde aus, ich weiss nicht, im Sinn eines Informationsblattes oder Auskunftsorts, wo man hingehen könnte, auch z. B. für ältere Leute. Ich habe, es ist wohl bei jeder neuen Umsetzung von erneuerbarer Energie etc. immer so, dass gewisse, vorwiegend ältere Leute teilweise nicht genau wissen, wie sie es anstellen sollen, vielleicht auch die Möglichkeit nicht haben, damit sie sich nachher vielleicht an jemanden wenden könnten, um ihre Fragen zu stellen. Denn junge Leute können besser alles googeln. Wir würden wahrscheinlich eher mal schnell auf die Internetseite kommen. Aber ich glaube auch, teilweise die ältere Generation, natürlich nicht alle, aber ich denke, teilweise, die betroffenen wären, die eher auch Hauseigentümer sein werden. Damit man sie vielleicht auch im Hinterkopf

behält und auch die Möglichkeit schafft, damit sie einen Ort haben oder eine Stelle, an der sie ihre Fragen stellen können und sie auch beraten werden, wie sie es lösen könnten.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Vielen Dank, Frau Neuhaus. Nun möchte Gemeinderätin Biljana Grasarevic noch einmal etwas dazu sagen. Sie haben das Wort.

Biljana Grasarevic, Gemeinderätin: Besten Dank. Geschätzter Präsident, geschätzte Frau Neuhaus. Weil wir uns ja bis jetzt nicht kennen, das wird sich aber ändern, vielen Dank für diesen Hinweis. Das ist natürlich richtig, und ich sehe das auch so. Dafür gibt es, das kann ich jetzt einfach sagen und ich auch bekannt, es gibt eine Baselbieter Energieberatung. Dorthin kann man sich wenden. Man muss es natürlich wissen, dass es sie gibt. Die ist öffentlich und man ist dort sicher gut aufgehoben. Meines Erachtens bietet auch Primeo solche Dienstleistungen oder Beratungen auch für Private an. Besten Dank.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Vielen Dank, Frau Gemeinderätin Grasarevic. Allfällige, weitere Wortmeldungen? Keine ... Doch, Entschuldigung, Herr Gemeinderat Christoph Morat!

Christoph Morat, Gemeinderat: Liebe Laura Neuhaus. Vielleicht als Ergänzung zu dem, was Biljana noch erwähnte. Es ist so, dass wir auf der Gemeinde Allschwil – wenn man im Dorfkern wohnt, kann man sich jederzeit an die Gemeinde Allschwil, an den BRU wenden. Da gibt es also auch eine gute Beratung, eine gute Erstberatung, wenn es darum geht, in einem geschützten Haus oder in einem geschützten Teil von Allschwil etwas zu machen. Das wird von den Leuten auch rege genutzt. Man kann es hier aber auch mal protokollieren. Es steht ja dann im Internet und dann können es alle Leute, die Internet haben, lesen. Ihr dürft es auch gerne weitertragen, wenn Fragen an euch getragen werden. Auf der Gemeinde Allschwil gibt es eine ausgezeichnete Beratung, wenn es darum geht, im geschützten Ortsteil, wie im Dorfkern oder im Bohrerhof seine Heizung zu ersetzen. Es wurden auch schon X Projekte realisiert. Dies nur als Ergänzung.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Merci, Herr Morat. Weitere Wortmeldungen? Keine. Somit wäre die Rednerliste erschöpft.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Mehmet Can. Auch hier sagt unsere Geschäftsordnung, dass die **Interpellation** damit als **beantwortet und erledigt** gilt, und es **keine Abstimmung** zur Folge hat. Wir gehen weiter zu Traktandum 6.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 6

Postulat von Sandro Felice, Grüne, Anne-Sophie Metz, Grüne, Christian Jucker, GLP, und Matthias Häuptli, GLP, vom 22.5.2024, betreffend Getrennte Abfallsammlung an stark frequentierten Orten der Gemeinde
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Biljana Grasarevic, Geschäft 4732

Stephan Wolf, Präsident: In diesem Sinn möchte ich Biljana Grasarevic sogleich das Wort erteilen.

Biljana Grasarevic, Gemeinderätin: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Der Gemeinderat hat es eingehend besprochen und erachtet es als sinnvoll, den Sachverhalt eingehend zu prüfen und Ihnen zu berichten. Somit beantragen wir Ihnen, das Postulat entgegenzunehmen.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals. Liegt ein Gegenantrag vor? Das ist nicht der Fall. Somit ist das **Postulat überwiesen**. – Ah, Henry Vogt, wolltest du noch etwas sagen? – Nein, eben, eine Diskussion natürlich auch nur, wenn ein Gegenantrag vorliegt, denn jetzt wird es diskussionslos entgegengenommen und gilt so als beschlossen. Prima. Dann gehen wir weiter zu Traktandum 7.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 7

Postulat von Sandro Felice, Grüne, Anne-Sophie Metz, Grüne, Christian Jucker, GLP, Matthias Häuptli, GLP, und Simon Trinkler, Grüne, vom 22.5.2024, betreffend
Gartenstadt – auch auf den Gemeindestrassen
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Andreas Bammatter, Geschäft 4733

Stephan Wolf, Präsident: In diesem Sinn, möchte ich zuerst Andreas Bammatter das Wort erteilen.

Andreas Bammatter, Gemeinderat: Auch hier hat sich der Gemeinderat kurz beraten und findet es sinnvoll und vielleicht auch notwendig, dass man es prüft und umsetzt. Daher würde er es entgegennehmen und dementsprechend einen Vorschlag unterbreiten, wie man es umsetzen könnte.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals. Der Gemeinderat beantragt wie erwähnt Entgegennahme. Meine Frage an den Rat: Gibt es einen Gegenantrag? Das ist ... also, dann gebe ich das Wort Romina Steffanizzi.

Romina Steffanizzi, SVP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Räte. Wir haben uns mit diesem Thema beschäftigt. Wir finden es grundsätzlich etwas Wunderbares. Wir haben uns einfach nur gefragt, wo die überbreiten Strassen sind. Gleichzeitig haben wir auch noch ein wenig im Gesetz gestöbert und geschaut und gesehen, im Gesetz über die Einführung des Zivilgesetzbuches heisst es in Art. 134: «Bäume längs öffentlicher Strassen und Plätze gegenüber Kantons- und Gemeindestrassen soll die Entfernung der Bäume vier Meter vom Strassenrand betragen. Ausnahmen können durch die Bau- und Umweltschutzdirektion resp. vom Gemeinderat gestattet werden.» Allerdings, was wichtig ist: «Der Strassenverkehr darf in keiner Weise beeinträchtigt werden.» Jetzt noch einmal: Werden dann die Trottoirs breiter? Oder wie stellt man sich das vor? Gleichzeitig: ein Baum nur hie und da spendet den grossen Schatten auch nicht und er kühlt auch nicht. Es müsste schon fast eine Allee sein. Ausserdem haben wir uns auch noch ein wenig überlegt, was denn mit dem Laub ist. Denn ich meine, nasses Laub ist rutschig, hauptsächlich für ältere Leute und für die Kleinen. Also eben: Wo sind diese Strassen und wer insbesondere frequentiert sie? Was wird gemacht betreffend Reinigen, werden sie einmal wöchentlich gereinigt oder sporadisch mal? Dies waren so in etwa unsere Fragen und deshalb sind wir für Nicht-Entgegennahme. Danke vielmals.

Stephan Wolf, Präsident: Gut, damit liegt ein Antrag seitens SVP-Fraktion auf Nichtentgegennahme vor. Nun möchte ich den 1. Vizepräsidenten bitten, eine Rednerliste zu führen, bevor wir dann zur Abstimmung kommen. – Ich sehe gerade noch, einer der Postulanten möchte das Wort ergreifen. Ich gebe ihm zuerst das Wort. Also, Simon Trinkler, bitte!

Simon Trinkler, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzter Gemeinderat, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Das Postulat ist ein bedeutungsvolles Postulat. Es verlangt, wie der Name schon sagt, dass geprüft und berichtet wird. Es vertritt zwei wichtige Anliegen. Nämlich erstens, dass man auch unser Dorf fit macht für die zukünftigen, klimatischen Bedingungen einerseits, und andererseits, was auch in genau dasselbe hineinspielt, nämlich um z. B. Starkniederschläge besser aufnehmen zu können. Es ist vielleicht ein kleinerer Beitrag aber auch ein wichtiger Beitrag. Mit diesem Postulat soll erreicht werden, dass man prüft, wo man innerhalb des Siedlungsraums solche Flächen entsiegeln kann, wo es innerhalb des Strassenraums problemlos möglich ist. Und zwar eben prüft, jedes Mal dann, wenn man eine Strasse an die Hand nimmt und aufreisst, damit man wenigstens hinschaut, ist es dort möglich oder ist es nicht möglich und unter welchen Bedingungen ist es möglich. Und wenn es möglich wäre, denke ich, ist es durchaus sinnvoll, dass man es macht, dass man es prüft und schaut, kann man einen entsprechenden Baum hinpflanzen.

Ich denke, es gibt viele Orte, wo es möglich ist. Man sieht es mittlerweile schon an ganz vielen Orten in der Schweiz, aber auch international. Das kann sowohl eine Allee sein, das können Einzelbäume sein, es können aber vielleicht auch einfach Grüninseln sein, die einen merklichen Beitrag für ein besseres Strassen- und Stadtklima leisten. Man weiss, welche grosse Effekte es bedeuten kann, wenn man solche Hitzeinseln innerhalb der Siedlung schafft. Wenn der Teer sich aufwärmt, hat der Baum zwei Dinge, die er machen kann. Nämlich erstens kann er in den heissen Sommermonaten Schatten spenden. Im Winter ist es meistens so, dass er trotzdem das Licht durchlässt, weil die Krone dann

blätterfrei ist. Andererseits gibt ein Baum je nach Art auch ganz viel Wasser in die Umwelt ab. Dies führt zu einer merklichen Kühlung im Bereich dieses Baums.

Dass ein einzelner Baum nichts bringt, stimmt einfach nicht. Es ist ein sehr grosser Effekt, der sich auf den näheren Umkreis auswirkt. Ich denke, das ist ein Problem, welches man jetzt angehen muss, welches man jetzt anschauen muss, weil es uns die nächsten 50, 100 Jahre noch viel stärker betreffen wird. Es ist nun mal so, dass man einen solchen Baum nicht einfach pflanzen kann und er eine Krone von 15 Metern Durchmesser hat. Sondern man muss ihn jetzt pflanzen, um in 30 Jahren einen Baum mit einem anständigen Durchmesser zu haben. Deshalb, essenziell, bitte, folgen Sie uns und überweisen Sie dieses Postulat entsprechend. Merci vielmals.

Stephan Wolf, Präsident: Danke schön. Jetzt möchte ich den 1. Vizepräsidenten bitten, die weitere Rednerliste zu führen.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Zuerst bitte die Fraktionssprechenden. Herr Schulz!

Lucca Schulz, SP-Fraktion: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Anwesende. Mein Vorredner hat soeben weitere gute Punkte eingebracht, weshalb man dieses Postulat überweisen sollte. Die SP-Fraktion sieht es genauso und kann sich den Ausführungen anschliessen. Ich habe ein kleines, intellektuelles Problem betreffend den Antrag der SVP-Fraktion. Zum einen sagt man zu Beginn, man fände es eigentlich eine schöne, sinnvolle Idee, dann wirft man ganz viele Fragen auf und sagt, wir wollen die Fragen aber gar nicht beantwortet haben und ist gegen die Überweisung. Ich denke soeben, wegen dieser offenen Fragen sollten wir das Postulat doch überweisen. Dann haben wir die Antwort und wissen, ist es sinnvoll oder ist es nicht sinnvoll. Besten Dank.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Besten Dank, Herr Schulz. Ich übergebe das Wort an Henry Vogt.

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Geschätzte Anwesende, Herr Präsident. Ich würde gerne die Ausführungen von Romina noch ein wenig ergänzen. Wir sind klar für Nichtentgegennahme. Und wie unser Vorredner bereits erwähnt hat, dass es teilweise schon gemacht wird, dann wird es bereits gemacht, somit können wir es entgegennehmen und schlussendlich gleichzeitig abschreiben. Dass klar die Strassen benannt werden, nicht irgendwelche Gebiete gesucht werden, um Bäume zu pflanzen, steht genau drin. Es ist auch gesetzlich, wegen der Abstände gar nicht durchführbar, dass man in einer Parklücke einfach schnell einen Baum einsetzt. Von den Grenzabständen würden dann bei den überbreiten Strassen in Allschwil, wovon es gar keine mehr oder so gut wie gar keine mehr gibt, würde der Baum nach den Grenzabständen irgendwo mitten auf der Strasse stehen. Insofern macht das Ganze so weit keinen Sinn, dass man beginnt, Flächen zu suchen oder irgendwie der Gemeinde schlussendlich Arbeit beauftragen, damit Lücken gesucht werden, um Bäume jeglicher Art zu setzen. Das Ganze wird doch bereits gemacht, es wird schon durchgeführt. Insofern sind wir klar für Nichtentgegennahme.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Vielen Dank, Henry Vogt. Nico Jonasch hat jetzt das Wort.

Nico Jonasch, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich spreche im Namen der FDP-Fraktion. Wir sind grundsätzlich für die Überweisung dieses Postulats. Ich möchte an dieser Stelle noch schnell erwähnen, es ist einerseits wichtig, dass man Bäume pflanzt, das ist klar. Andererseits ist es natürlich wichtig, mit Pflanzen alleine ist es nicht getan. Man muss den Bogen weiter spannen und auch schauen, was man mit der Pflege dieser Bäume macht. Denn nur mit dem Pflanzen eines Baumes allein, bleibt dieser Baum nicht einfach am Standort erhalten, primär nicht mit diesen Witterungsbedingungen, die wir in den nächsten Jahren haben werden. Plus ist es für uns auch wichtig, dass man, wenn man Bäume pflanzt, darauf achtet, dass keine Parkplätze verloren gehen. Das wollen wir an dieser Stelle auch noch erwähnen. Besten Dank.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Vielen Dank, Nico Jonasch. Weitere Wortmeldungen? Keine. Somit wäre die Rednerliste erschöpft.

Stephan Wolf, Präsident: Danke schön, Mehmet Can. Wir kommen zur **Abstimmung**.

Wer das Postulat überweisen möchte, der möge bitte jetzt die Karte erheben. Danke vielmals. Wer es nicht überweisen möchte, möge bitte jetzt die Karte erheben. Danke vielmals. Enthaltungen? Danke vielmals. Ich möchte die Stimmzähler bitten, mir das Abstimmungsergebnis vorzutragen. Das Abstimmungsergebnis liegt vor:

://:

Sie haben das **Postulat** mit 19 Ja-Stimmen, bei 9 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung (das war ich, ich habe vergessen aufzuheben) **überwiesen**. Danke vielmals.

Stephan Wolf, Präsident: Ich schaue soeben auf die Uhr, wir haben kurz nach 9 Uhr. Deshalb möchte ich gerne meine Fühler ausstrecken. Schafft ihr noch eines? Das scheint eher nicht der Fall zu sein. Damit schliesse ich die heutige Sitzung. Danke vielmals. Ich wünsche euch allen noch eine gute Nacht und wir sehen uns an der Oktobersitzung wieder. Tschüss zämme.

ENDE DER SITZUNG 21.05 Uhr